Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. **Abonnementspreis** durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition: Leipzig, Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus. Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 52. **Sonnabend, den 29. Dezember 1906.** **10. Jahrgang.**

Zum neuen Jahre!

Tag um Tag! Die Jahre gehn.
Ach, wie sie im Fluge wandern!
Wie die Stunden doch sich drehn,
Wie sich eine fügt zur andern!
Voller Plage, Kampf und Leid
Und erfüllt von Hindernissen
Werden sie zur Ewigkeit
Alle, alle fortgerissen.

Doch, wenn uns die Flut umrauscht
Der dahingeflossnen Zeiten,
Wenn das Ohr dem Klange lauscht,
Der da tönt aus all dem Streiten —
Brüder, dann ist's nicht nur Not,
Die emporwächst aus der Plage,
Blüten auch und Lust und Brot,
Freuden sind's und Siegestage!

Treulich stehen wir uns bei,
Alle einem, Einer allen,
Wie auch just das Wetter sei,
Wie auch grad die Würfel fallen!
Trifft dich Unrecht, Haß und Leid,
Brechen deines Lebens Stützen,
Stehen Tausende bereit,
Dich zu halten, dich zu schützen.

Und so laßt das Banner wehn!
Vorwärts: rauscht's aus seinen Falten,
Nie solls schmachvoll untergehn,
Immer wollen hoch wir's halten.
Weiter! Vorwärts Zoll um Zoll,
Bis wir unser Ziel erreichten,
Bis uns schimmernd früchtevoll
Uns'rer Zukunft Gärten leuchten.

Ein Rückblick.

Wenn wir am Schlusse dieses Jahres einen kurzen Blick auf seinen Verlauf werfen, so tritt uns in erster Linie der gewaltige wirtschaftliche Aufschwung vor Augen, der im Jahre 1906 während seiner ganzen Dauer in immer steigendem Maße eingetreten ist und noch anhält. Seit sechs Jahren war keine solch günstige Konjunktur, fast alle Industrien konnten eine außerordentliche Vermehrung der Arbeitsgelegenheit verzeichnen und die statistischen Gradmesser des Arbeitsmarktes registrierten eine sich von Monat zu Monat verringernde Anzahl der Arbeitslosen. Die Arbeitslosenstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amts wies am Schlusse des 3. Quartals mit 1,0 Prozent Arbeitslosen gegen 1,4 Prozent im Vorjahr den niedrigsten seit dem Bestehen der Statistik verzeichneten Stand auf; eine Stichzählung Ende August hatte sogar nur 0,7 Prozent Arbeitsloser ergeben.

Die Statistik der deutschen Arbeitsnachweise (veröffentlicht im Arbeitsmarkt) zeigte ebenfalls das ganze Jahr hindurch einen Rückgang der Arbeitsuchenden, wie er seit vielen Jahren nicht mehr hatte verzeichnet werden können. Die Produktion fühlte sich so angeregt, daß sogar über großen Mangel an Arbeitskräften geklagt und von einigen Seiten allen Ernstes die Einfuhr von Negern und Chinesen angeregt wurde, um dem Arbeitsmangel abzuhelfen.

Die Zeichen einer ausgezeichneten Konjunktur zeigten sich auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens. Zahlreiche industrielle Betriebe wurden neu gegründet, viele alte Betriebe wurden erweitert. Die Ausweise und Statistiken der Transportanstalten, Gewerbe, Banken, Aktiengesellschaften usw. lassen alle erkennen, daß die Zeiten der letzten Hochkonjunktur erreicht und überschritten sind.

Die Landwirtschaft blickt auf mehrere gute Ernten zurück, heuer ist namentlich die Roggenernte sehr gut ausgefallen. Es ist daher kein Wunder, wenn Kraut- und Schlotjunker Jubelhymnen anstimmen und mit dem verflossenen Jahr vollständig zufrieden sind, soweit bei diesen Nimmersatten von Zufriedenheit die Rede sein kann. Die Arbeiter haben keine Ursache, mit den Verhältnissen, wie sie sich besonders mit dem Beginn der neuen Zollära entwickelten, zufrieden zu sein. Trotz aller Anstrengungen vermochten sie bisher von dem gesteigerten Arbeitsertrage nur einen geringen Anteil zu erlangen, der zudem durch die eingetretene enorme Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel wieder vollständig kompensiert wurde.

Daher waren auch fast alle Industrien neben ihrem Aufschwung auch zugleich der Schauplatz wirtschaftlicher Kämpfe, da die Arbeiter selbstredend durch Lohnkämpfe die so überaus günstige Konjunktur für sich auszunützen und von dem Millionensegen an Gewinnen, Dividenden und Profiten, der in diesem Jahre über die Industriellen und Junker hernieder gegangen ist, ein kleines Quentchen für sich zu behalten versuchten.

Diese heftigen andauernden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit, wobei ein merklich gesteigertes Solidaritätsgefühl auf beiden Seiten zutage trat, gehören geradezu zur Signatur des Wirtschaftslebens im vergangenen Jahr und werden, wenn der industrielle Aufschwung noch eine Zeitlang anhalten sollte, weder an Umfang, noch an Erbitterung verlieren.

Die Lebenshaltung der Arbeiter ist durch die Preissteigerungen der Nahrungsmittel und Verbrauchsgegenstände ganz enorm verteuert werden. Es muß hervorgehoben werden, daß die Preiserhöhungen der meisten unentbehrlichen Bedarfsartikel nicht so sehr eine Begleiterscheinung des wirtschaftlichen Aufschwungs als vielmehr eine Folge der agrarischen Beutepolitik ist. Je besser es den Agrariern ging, je größeren Nutzen die Industriellen aus der günstigen Konjunktur des Marktes ziehen, desto schwieriger wird es dem Volke gemacht, die Gunst der Stunde zu nützen.

Diese Tatsache steht trotz aller Ableugnungsversuche der kapitalistischen Soldschreiber fest. Augenblicklich gibt es im gesamten deutschen Wirtschaftsleben nur eine Tendenz: Möglichst hohes Hinaufschrauben der Preise für alle Bedarfsartikel.

Diese Aufwärtsbewegung der Warenpreise hat die Verbrauchsfähigkeit der Arbeiterschaft jedoch derart gehemmt, daß jetzt schon ernste Störungen in bezug auf die Ernährungsmöglichkeit eingetreten sind. Nach ziemlich zuverlässigen Berechnungen haben sich die Kosten für die Ernährung einer fünfköpfigen Familie im verflossenen Jahre um rund 15 Prozent gesteigert. Demgegenüber sind die Lohnerhöhungen, die den Arbeitern entweder freiwillig gewährt, oder von ihnen durch Lohnbewegungen erreicht wurden, auch nicht annähernd gleich hoch gewesen und in keiner Weise in dem Maße eingetreten, wie es die allgemeinen Preissteigerungen bedingt hätten. Es blieb deshalb nichts übrig, als den Hungerriemen fester zu schnallen und durch Verbrauch minderwertiger Qualitäten das Defizit zwischen Einnahme und Verbrauch zu decken zu suchen.

Ein erfreuliches Moment brachten diese Preissteigerungen. Die Arbeiter fingen an weiter zu denken und nachzusinnen, wie es möglich ist, ihren Ausbeutern und Blutsaugern ein Paroli zu bieten. Dies brachte in Verbindung mit den gewerkschaftlichen Erfolgen eine denkbar günstige Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung überhaupt.

In Massen sind ihr die Arbeiter zugestrebt, einsehend, daß nur eine geschlossene Phalanx imstande ist, dem sie erdrückenden Riesen Kapitalismus Widerstand zu leisten und eine bessere Lebenshaltung zu erringen.

Die Gewerkschaften haben sich denn auch im abgelaufenen Jahr wieder als ausgezeichneter Regulator der ökonomischen Verhältnisse erwiesen. Tausende von Lohnbewegungen sind geführt, für Hunderttausende von Arbeitern sind Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und andre Vorteile erreicht worden. Trotz dieser Kämpfe und teilweise unter dem Einfluß derselben vollzog sich der organisatorische weitere Ausbau der Gewerkschaftsbewegung in günstigster Weise, zahlreiche Organisationen haben im verflossenen Jahr ihren Wirkungskreis erweitert und ihre Leistungsfähigkeit erhöht. Auch die Erziehungsarbeit hat im abgelaufenen Jahr große Fortschritte gemacht. Je größere Massen organisierter und auch unorganisierter Arbeiter von den Unternehmern in Kämpfe förmlich hineingetrieben wurden, um so erfolgreicher war die praktische Erziehungsarbeit der Gewerkschaften.

Der sozialdemokratische Parteitag in Mannheim bedeutet einen Markstein in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung und seine Verhandlungen haben für die Arbeiter nach verschiednen Richtungen hin gute Früchte gezeitigt. Die Grenzlinien, die in bezug auf den politischen Massenstreik gezogen worden sind, die Debatten über „Gewerkschaften und Partei" u. a. m. haben den Blick der Arbeiterschaft wieder mehr auf die grundsätzlichen Fragen der Arbeiterbewegung gelenkt, sie haben aber auch in gewissen Parteikreisen wieder den Sinn für die große Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung im Klassenkampf geweckt, vor allem aber der einigen Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaften die Wege gewiesen. In sozialpolitischer Hinsicht stand das Jahr 1906 gleich seinen Vorgängern auf dem toten Gleis. Umfassende, durchgreifende Reformen wurden nirgends vorgenommen, dagegen bescherte die Reichsregierung den Arbeitern gegen Ende des Jahres einen Gesetzentwurf, der den Wünschen und Forderungen der Arbeiterklasse direkt widersprach und zurzeit ja einen allgemeinen Entrüstungsschrei entflammt, der in Tausenden von Resolutionen seinen Ausdruck findet. Die Sozialpolitik der Einzelstaaten weist einige Reformen auf, auch auf dem Gebiet der kommunalen Sozialpolitik ist manches Bemerkenswerte erreicht und geleistet worden.

Im Wirtschaftsleben war der verminderte Einfluß politischer Vorgänge auf das eigentliche Geschäftsleben eine auffallende Erscheinung. Die Unruhe und die Schwankungen der äußeren Politik blieben fast ohne Einfluß auf das Warengeschäft. Die Vorgänge in Rußland berührten das nichtrussische Geschäft sehr wenig, im Gegenteil wirkte die Zerstörung wirtschaftlicher Werte in Rußland in dem Sinne, daß das Land von der auswärtigen Produktion abhängiger wurde. Das Verhältnis zu England, das noch gegen Ende des Vorjahres zu einer bedenklichen Verquickung von Politik und Geschäft zu führen drohte, ist im Laufe des Jahres dank der Sympathiekundgebungen hüben und drüben wieder gut, ebenso das Verhältnis zu unsern andern Nachbarstaaten, nirgends beeinflußte die Politik die Geschäfte in erheblichem Maße, wie dies in früheren Jahren vielfach der Fall war. Trotz alledem geht die deutsche Industrie schweren Zeiten entgegen, die ihr aus den großen Erschwerungen der neuen Zollpolitik erwachsen sind. Der guten Konjunktur wird in absehbarer Zeit der unvermeidliche Rückschlag mit all seinen unangenehmen Begleiterscheinungen folgen. Wann die von den Arbeitern am meisten gefürchtete Krise eintreten wird, läßt sich heute mit Bestimmtheit noch nicht sagen. Daß sie kommen, unfehlbar kommen wird, damit haben die Arbeiter aber sicher zu rechnen. Und auf diesen Umstand haben sie sich vorzubereiten. Es gilt, in erster Linie die Organisationen zu verstärken, um in der Stunde der Gefahr einen treuen Freund und Helfer zu haben. Die Arbeiter müssen auf sich selber bauen, sie haben von keiner andern Seite wirkliche Hilfe zu erwarten. Es gilt wie im alten so auch fürs neue Jahr treu zur Fahne zu stehen und neue Kämpfer zu erwerben, damit allen Stürmen getrotzt, allen Fährlichkeiten und Gefahren Widerstand geleistet werden kann. Deshalb auf zu neuem Schaffen, neuen Kämpfen!

Die Bundesratsverordnung.

Ueber die Bundesratsverordnung, deren Einhaltung in den Betrieben, über die Stellungnahme der Steinindustriellen zu ihr, sowie über die Auffassung einzelner Gewerbeinspektoren und Gerichte ist schon des öfteren geschrieben worden. Da nun aber die Arbeiterschutzgesetze fortgesetzt von den Unternehmern, wie schon oft nachgewiesen, umgangen werden, ist es notwendig, daß wir uns immer und immer wieder mit denselben beschäftigen. Es ist Pflicht und Aufgabe einer — modernen — Gewerkschaftsorganisation, alle Uebertretungen und Zuwiderhandlungen an das Licht der Oeffentlichkeit zu ziehen und mit Energie für die strikte Durchführung derselben zu sorgen. Als im Oktober 1902 die Bundesratsverordnung für die Steinarbeiter in Kraft trat, war man allgemein der Meinung, nun sei wirklich etwas zum Schutze der betreffenden Arbeiter geschehen.

Hierbei muß wiederholt werden, daß die Forderungen, die von seiten der Steinarbeiterorganisation gestellt und gefordert wurden, nicht in der Ausführlichkeit und Vollständigkeit — vom Bundesrat wie Reichstag — anerkannt und zum Gesetz erhoben wurden. Wir wissen, daß das Erreichte nur eine Abschlagszahlung ist und unser Verband wird bemüht sein, bei gegebener Gelegenheit das nachzuholen, was unbedingt notwendig ist.

Würde jedoch die Verordnung, so wie sie jetzt niedergelegt ist, wirklich durchgeführt, so könnten wir von einem schönen Erfolge sprechen. Solange, wie die Verordnung besteht, bemühen sich die Steinindustriellen, eine Abschwächung oder Beseitigung derselben herbeizuführen. Beinahe in jeder Nummer ihres Organs — des Steinbildhauers — beschäftigen sie sich mit ihr und den Schäden, die der Steinindustrie daraus entstanden sein sollen. Ausführlich wird jedes Gerichtsurteil behandelt und ein Lamento angestimmt, wenn dasselbe nicht zu ihren Gunsten ausfiel. Fortgesetzt sinnt man auf Mittel und Wege, um der ganzen Verordnung den Garaus zu machen oder die wichtigsten Teile zu beseitigen. Vor allem will man den gesetzlichen Arbeitstag beseitigen, das ist ein Dorn in ihrem Auge, und weiter ist für sie die Beseitigung der behördlichen Kontrolle von Wichtigkeit. Wiewohl sich die Unternehmer über die strenge behördliche Kontrolle gar nicht zu beklagen brauchen; im Gegenteil, die Kontrolle wird so oberflächlich ausgeübt, daß wir fortgesetzt die Behörden auf die Uebertretungen aufmerksam machen müssen. Einen mächtigen Anlauf gegen die Verordnung unternahm der Verband der Steinmetzgeschäfte im Jahre 1904; sie verunglückten aber mit ihrer Petition und erpreßten Arbeiterunterschriften derartig, daß selbst der Minister des Innern der Petition widersprach, die folgedessen unberücksichtigt blieb. Die Unternehmer der Steinindustrie hätten nach meinem Dafürhalten froh sein sollen, daß die Arbeitszeit festgelegt wurde, da ja dadurch dem Unterbieten bei Arbeitsvergebungen ein Riegel vorgeschoben wurde. Weit gefehlt; der Geist der Unternehmerklasse geht darauf hinaus, diejenigen, die die Werte schaffen, wirtschaftlich, politisch, geistig und physisch zu ruinieren, das leitet unsre Arbeitgeber, um soviel wie möglich Profit zu ergattern. Was kümmert sie die Gesundheit der Arbeiter. Wie die Bundesratsverordnung in den einzelnen Landesteilen eingehalten wird, beweisen uns die Jahresberichte der einzelnen Gewerbeinspektionen. Jeder Bericht sagt, daß die Arbeitszeit von 9 und 10 Stunden in vielen Be-

trieben überschritten wird. Erst auf Drängen und Bestrafungen durch die Inspektionen sind die Unternehmer dem nachgekommen. Gleichfalls wird allgemein bemängelt, daß Arbeitsbuden und Schutzdächer in den Brüchen selten vorhanden sind. Die Aufenthaltsräume spotten durchschnittlich jeder Beschreibung. Wenn wir hierbei noch bedenken, daß ein ganzer Teil Betriebe überhaupt nicht besichtigt wurde, weil es den Beamten an Zeit usw. fehlte. Hinzu kommt, daß die preußischen Gewerbebeamten sich vorher anmelden lassen und daß dann die Mißstände oberflächlich beseitigt werden. Würde die Kontrolle so ausfallen, wie es sein sollte, dann würden wir viel mehr von Bestrafungen hören. Die Polizeibehörden haben ebenfalls die Pflicht, zu wachen, daß die Verordnung eingehalten wird; aber da fehlt es ebenfalls an Zeit, da man für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und für die Ueberwachung der Streikenden sorgen muß. An Gründen für die Beseitigung der Verordnung fehlt es den Steinindustriellen nicht. Entweder sind es die Arbeiter, die nach langer Arbeitszeit rufen, oder die ausländische Konkurrenz gefährde die deutsche Steinindustrie, oder es geschieht aus Liebe zum Kleinmeister. Daß diese Gründe nicht stichhaltig sind, begreift selbst der Beschränkteste.

Betrachten wir uns nun die Verordnung näher, so müssen wir uns die Frage vorlegen, sind denn die Forderungen unerfüllbar, da von gegnerischer Seite so oft die Beseitigung gefordert wird? Nein, muß die Antwort lauten. Es ist doch etwas Selbstverständliches, daß während der Pausen warme, trockene, helle und täglich gereinigte Aufenthaltsräume vorhanden sein müssen. Einer direkten Festlegung hätte das gar nicht bedurft. Wie sieht es aber hiermit aus? Haarsträubende Fälle sind zu berichten aus einzelnen Gebieten; mitunter gleichen sie wahren Räuberhöhlen und werden als Lagerraum benützt; ans Reinigen ist gar nicht zu denken. Die Bedürfnisanstalten sind in den seltensten Fällen in der ausreichenden Zahl, wie in dem Zustande, als es der Gesundheitspflege und des Anstandes entspricht, vorhanden. Mit den Arbeitsbuden und Schutzdächern ist es am schlechtesten bestellt; hier ist den Gewerbeinspektoren ein reiches Feld ihrer Tätigkeit erschlossen. Die Ausgaben für Arbeitsbuden und Schutzdächer scheuen die Unternehmer am meisten; es ist doch vorteilhafter für sie, billig zu produzieren. Bedauerlich und nicht im Sinne des Gesetzgebers kann es gelegen haben, den § 4, Steinhauer, so eng zu begrenzen, wie es das Schöffengericht in Strehlen (Schlesien) definierte. Das Gericht und der Gewerbeinspektor Töppert stellten sich auf den Standpunkt, Pflastersteinhauer sind nicht als Steinhauer zu betrachten. Eine sonderbare Auffassung. Wie sagte doch der bekannte Jurist Dr. Mamroth: Gute Gesetze können durch schlechte Richter illusorisch gemacht werden. Für geeignete Getränke, eventuell für Trinkwasser, ist selten gesorgt. Trotzdem beschwert man sich über den Alkoholgenuß der Arbeiter; ja, es gibt sogar einzelne Firmen im Zobtener wie Riegersdorfer Gebiet, die den Alkohol in den Kantinen an ihre Arbeiter verkaufen. Für den nötigen Arbeitsraum, wie für das Anfeuchten der Fußböden bei heißer Witterung wird in den allerseltensten Fällen Sorge getragen. Das Reinigen der Arbeitsbuden vom Abfall, das täglich erfolgen soll, und in der Gewerbeordnung im § 120a noch ausdrücklich festgelegt ist, geschieht bei vielen Firmen selten. In einzelnen Granit- und Sandsteingebieten ist das überhaupt Luxus. In den Betrieben bei Striegau wird jahrelang der Abfall liegen gelassen. Doppelt ist die Unfallgefahr dann vorhanden, wenn die Arbeiter fortgesetzt über diese Schuttberge klettern müssen. Was kümmert das die Firmeninhaber, billig produzieren, ist ihr Wahlspruch; sie nehmen ja keinen Schaden an ihrer Gesundheit.

Die Arbeitszeit von 9 und 10 Stunden wird, wie schon anfänglich gesagt, fortgesetzt umgangen, und darüber klagen die Gewerbeinspektoren in ihren Berichten am meisten. Würde eine strenge, exemplarische Strafe für jede Uebertretung verhängt, dann würden die Unternehmer zur Raison zu bringen sein. So übersteigt jedoch der Nutzen die Strafe, die gezahlt werden muß. Wenn jedoch Arbeiter mit dem Gesetze kollidieren, wird eine ganz andre Form und Strafe angewandt. Da läßt man keine Milde walten. Die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter wie Arbeiterinnen, die ganz verboten ist, wird nicht beachtet und der billigen Arbeitskräfte halber in einem Teil von Betrieben beibehalten. In der Granitindustrie, z. B. in Häslicht, beschäftigt man ständig Frauen zum Steineverladen, und nicht nur Pflastersteine, sogar Werkstücke müssen die Arbeiterinnen verladen. Vor kurzem wurde ein Steinbruchbesitzer in Michelbach zu einer Strafe verurteilt, weil er Kinder unter 13 Jahren zum Steineschlagen (Kleinschlag) verwandt hatte. Hier erfolgte aber nicht etwa die Verurteilung wegen Vergehens gegen § 10 der Bundesratsverordnung, nein, das Gericht zog § 135 der Gewerbeordnung heran. Nach meiner Auffassung ist der § 10 so klar, daß die Richter nicht nötig hatten, davon abzuweichen.

Eine energische Durchführung der ganzen Bestimmung wird nur dann möglich sein, wenn alle Mittel, die uns zur Verfügung stehen, angewandt werden. Als Beispiel kann der Niederschlesische Sandsteinbezirk empfohlen werden. Die Kollegen haben alles daran gesetzt und durch ihre Taktik so manches durchgedrückt. Wir wissen zur Genüge, daß alle behördlichen Eingriffe nicht den Erfolg aufweisen können, der mittels der Selbsthilfe erreicht werden kann.

Der Reichstagsabgeordnete Fräßdorf schloß bei seiner Rede gegen die Petition der Steinmetzmeister mit den Worten: „Die strenge Innehaltung der bundesrätlichen Bestimmungen sind eine Notwendigkeit, denn es gilt, Menschenleben zu retten."

Denken wir recht oft an jene Worte und verleihen wir ihnen den nötigen Nachdruck trotz allem Gegeifer unsrer Unternehmer.

Lohse.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Zur besonderen Beachtung für die Kassierer.

Die weitere Zusendung von Marken erfolgt erst dann, wenn die vorhergehende Lieferung zum größten Teil bezahlt ist. Wo diesem nicht nachgekommen wird, kann auch die Bestellung des übrigen Materials nicht berücksichtigt werden.

*

Zu dem bevorstehenden Jahresschluß machen wir die Kassierer darauf aufmerksam, daß in der Jahresabrechnung **nur diese Gelder eingerechnet werden, die bis zum 1. Januar in unsern Händen sind.** Um in den letzten Tagen allzu großen Andrang zu vermeiden und eine regelrechte Abwicklung der Geschäfte zu ermöglichen, ersuchen wir diejenigen Zahlstellen, die in der Lage sind, ihr bezogenes Material aus der Lokalkasse zu decken, **schon jetzt mit uns abzurechnen,** und dies beim **Einsenden** der Gelder **zu bemerken.**

Ebenso sind am Jahresschlusse die **Wertzeichenkontos abzuschließen** und neu vorzutragen. In **allen** Kassenbüchern, die wir bis jetzt zurückbekommen haben, **sind die Wertzeichenkontos ganz mangelhaft** geführt, worauf auch die **Differenzen** mit der Hauptkasse zurückzuführen sind. Um einmal vollständig Klarheit zu schaffen, werden wir **nach Abschluß** der Kontos allen Zahlstellen, die neue Kassenbücher noch nicht nötig, oder ein neues Wertzeichenkonto **noch nicht erhalten haben,** ein solches zustellen, **mit Vortrag des am 1. Januar 1907 noch restierenden Materials.** Es ist deshalb dringend notwendig, daß die Zahlstellen pünktlich abrechnen.

*

Ferner ersuchen wir **wiederholt alle Zahlstellenkassierer,** bei **Geldsendungen stets anzugeben,** für was der Betrag zu verrechnen ist. Beim Bezahlen von **Beitragsmarken** wird es von Vorteil sein, **Bruchteile** bei der **Markenstückzahl zu vermeiden.** Es liegt im **beiderseitigen Interesse,** wenn **stets die vorhergehende Lieferung voll** bezahlt wird. Es erfolgt dann um so **pünktlicher** die neue Sendung von Material. Diesen Wunsch zu erfüllen, ist bei **einigermaßen gutem Willen, jeder Zahlstelle** möglich.

Abzuliefern an die Zentralkasse sind **von den Beitragsmarken** für **jedes** Stück

der 1. Klasse	(55 Pfg.)	**46 Pfg.**
der 2. „	(50 „)	**42 „**
der 3. „	(45 „)	**38 „**
der Erwerbslosenmarke		**10 „**

Korrespondenzen.

Aue. Am 2. Dezember tagte im Restaurant zur Reichshalle eine öffentliche Steinarbeiterversammlung. Der Besuch ließ zu wünschen übrig. Der Kassierer Reinhäckel gab die Vierteljahrsabrechnung bekannt, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Der Kassierer wurde entlastet. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Kollege Zippel bestimmt; als Gewerkschaftsdelegierter wurde Kollege Resch gewählt. Der von der Firma Schubert zurückgezogene Tarif beschäftigte dann des weiteren die Versammlung. Von den Kollegen von der Firma Schubert wurde mitgeteilt, daß sich Herr Schubert erlaubte, den Tarif zu beseitigen. Dieser Herr kam vor 14 Tagen in die Arbeitsbude und erklärte uns, daß er nicht mehr länger wie 14 Tage nach unserm Tarif bezahlen könnte. Er wollte sich während der Zeit selbst einen Tarif ausarbeiten, welcher dann nach der abgelaufenen Kündigung in Kraft treten soll. Da sich aber dies die Kollegen nicht gefallen ließen, so wurde von sämtlichen Kollegen dort die Arbeit niedergelegt. Es zeigt dies von besonderer moralischer Qualifikation, wenn man bedenkt, daß Unternehmer sich herausnehmen, nach Vereinbarung des Tarifs dergleichen Zustände bringen zu können. Kaum ist unser Tarif in Kraft getreten, so sind wir wieder auf dem Kriegsfade. Der Firma ging vom örtlichen Vorstande ein Schreiben zu, worauf dieser Herr gar nichts von sich hören ließ. Beschlossen wurde noch, daß sämtliche Sammellisten bei Krankheiten oder Unfällen in Wegfall kommen, die Unterstützung dagegen durch 5 Pfg. Beitragserhöhung aus dem Ortsfonds bewilligt werden. Zum Schluß wurde der Versammlungsbesuch kritisiert. Die Interesselosigkeit in unsrer starken Zahlstelle ist einfach unverständlich. Oder haben es die Auer Steinarbeiter nicht mehr nötig, bessere Existenzbedingungen zu erkämpfen? Jeder säumige Kollege nehme hiervon Kenntnis.

Blauberg. „Freie und christliche Gewerkschaften" lautete das Thema, welches am 14. Dezember Kollege Mittenmeier behandelte. Es herrschte großes Schneegestöber, so daß die Versammlung nicht vollzählig besucht war. Der Redner sprach, wie immer, sehr anregend, und die Kollegen folgten seinen Darlegungen mit gespannter Aufmerksamkeit. Große Entrüstung erregte es, daß man in die hiesige Arbeiterschaft wieder eine Spaltung bringen will, nämlich ein christlicher Verband soll wieder ins Leben gerufen werden. Daß dort die ehemaligen Streikbrecher, die schon früher dem christlichen Verbande angehörten, wieder Unterschlupf finden, ist ja selbstverständlich. Vor Jahren wurde hier der freie Verband unmöglich gemacht. Die Christenmenschen wurden von der Firma gehätschelt, aber nur so lange, bis die bösen Sozis vernichtet waren. Jetzt tutet wiederum ein Geistlicher der Umgebung in die Trompete, um die versprengten christlichen Schäflein in seinen Pferch zu bringen. Bisher sollen 11 Mann seinen Schalmeien gefolgt sein. Nun gut, wir wissen, daß sich jetzt leider wieder ein Kampf unter den Arbeitern selbst entspinnen wird. Ein bayrischer Zentrumsabgeordneter, der gern den einfachen, schlichten Arbeiter spielt, sagte ja, „wo er eine Zersplitterung in der Arbeiterbewegung erreichen kann, so soll das seinerseits geschehen". Ob sich die hiesige Arbeiterschaft zum Gaudium der Unternehmer gegenseitig verhetzen läßt, ist eine andre Frage. Schade um die Leute; es sind unsre Brüder. Aber wer die Hetzarbeit der hinter den Kulissen spielenden Nichtarbeiter einzuschätzen weiß, wird einsehen, daß man alles aufbietet, um die Roten zur Strecke zu bringen. Mittenmeier gab noch bekannt, daß auch in Ruhmannsfelden eine Zahlstelle gegründet sei. Die Anwesenden gaben ihrer Freude Ausdruck, daß wieder so ziemlich die alten Forts des bayrischen Waldes erobert sind.

Bunzlau und Umgebung. Hier scheinen die Unternehmer einen eigenartigen Trick einzuschlagen. In Warthau und in andern Orten werden Leute entlassen, währenddem aber in bürgerlichen Blättern Steinmetzen gesucht werden. Diese Insertion soll bezwecken, daß die Steinmetzen des Distrikts für die Tarifberatung gefügig gemacht werden sollen. Ob sich die Meister nicht gewaltig irren? Hoffentlich schätzen unsre Kollegen, die solche Arbeitsangebote lesen, die Taktik der Unternehmer richtig ein und verzichten darauf, dem — Himmelreich der schlesischen Steinbruchsmagnaten zuzuwandern. Wenn ein Stück richtig nach Tarif stimmt, so ist das zu einer rühmlichen Ausnahme geworden. Ins Bockshorn lassen wir uns aber deshalb noch nicht jagen.

Crailsheim. Am 4. Dezember fand im Gasthaus zum Falken eine Steinarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: Statutenerläuterung und Verschiedenes. Vorsitzender Vollmann verlas einige Paragraphen des Krankenunterstützungsstatuts und ermahnte die Kollegen, die Sache mehr ins Auge zu fassen; manche Kollegen glaubten, wenn sie arbeitslos sind, nichts bezahlen zu brauchen. Er legte den Kollegen ans Herz, weil die Arbeit zu Ende ist und fast alle auswärts wohnen, ihre Beiträge an den Kassierer zu senden, damit eine pünktliche Abrechnung am Schluß des Jahres gemacht werden kann. Kollege Wittmann tadelte, daß gerade die Kollegen, welche die Versammlung am notwendigsten brauchen, nicht anwesend seien und lieber einem Klimbimverein nachgehen, als die Interessen des Verbands hochzuhalten. Auch ersuchte er die Kollegen, im kommenden Jahre kräftig zu agitieren, damit das wilde Akkordsystem abgeschafft werden kann und wir wieder im Tagelohn arbeiten können, wie früher. Im Punkt Verschiedenes wurden einige örtliche Angelegenheiten behandelt, die aber zurückgestellt werden müssen zur nächsten Versammlung. Wir hoffen, daß diese dann besser besucht ist.

Der Invalide.

Ein Bild aus dem Volksleben.

Wir nannten ihn kurz den Invaliden. Aber er war noch lange nicht invalide. Ein paar derbe Fäuste und muskulöse Glieder zeugten von seiner ungebrochenen Kraft. Nur war er zu alt, um den Glauben an seine Arbeitsfähigkeit bei den Arbeitgebern zu rechtfertigen. Nicht wenig trugen dazu der stark gebeugte Nacken und das greise Haar bei, das wie Schnee seinen kahlen Scheitel umrahmte. Seine lebhaften, trotzig dreinblickenden blauen Augen gewahrte man nur selten; beständig waren sie auf den Boden gerichtet. Der gebeugte Oberkörper und der steife Nacken bewirkten dies.

Zu dem Zigarrenhändler Leptien, in dessen Hinterzimmer ich oft plaudernd saß, kam er zuweilen, sich für wenige Pfennige Rauchtabak einzukaufen. Der Inhaber des Ladens, ein ruhiger, welterfahrener Mann, knüpfte eines Tages mit dem Alten ein Gespräch an. Er hatte seine sonderbare Art, Leute, die ihm interessant schienen, für sich zu gewinnen.

„Adieu, Herr Kaneelsen!" rief er ihm beim Abschied einfach nach.

„Ach!" klang die Antwort zurück, „Kaneelsen ist nicht mein Name, sondern Reimers."

So erfuhren wir den Namen. Bald saß Reimers im Arbeitszimmer, dem Zigarrenhändler gegenüber, im Lehnstuhl. Leptien war noch einer vom alten Schlag, der seine Ware selbst verfertigte, die er feilbot. Dazu war er ein eifriger Politiker und Debatten über soziale Fragen sein Steckenpferd. Reimers war dieses Gebiet fremd, und so entwickelten sich aus Frage und Antwort oft Gesprächswendungen, die viel des Interessanten boten. Ganze Nachmittage brachte der Invalide dort im träumerischen Halbdunkel des Hinterzimmers zu und lauschte den Reden seines Gegenübers, der an der Hand nüchterner Beobachtungen im praktischen Leben gut zu plaudern verstand. —

Es war an einem trüben Dezembernachmittage, als wir wiederum in dem engen Stübchen gemeinsam Rauchwolken vor uns hinbliesen und vom Menschenelend sprachen. „Die Unzufriedenheit, die sich bei allen Menschen heute findet und sich am deutlichsten bei der Reichstagswahl äußert, hat doch ihre hauptsächlichste Ursache in der Arbeitslosigkeit," bemerkte ich.

Der Invalide pflichtete mir lebhaft bei.

„Und die Gefahr des Verhungerns im Alter ist es, die als Schreckgespenst uns verfolgt und das bißchen Freude am Leben uns vergiftet," fügte Leptien hinzu.

Diese Worte verursachten bei dem Invaliden einen sonderbare Wirkung. Er legte die Zigarre, die ihm geschenkt worden war, auf den Arbeitstisch und starrte gedankenvoll auf den Sprecher. „Das alles ist nicht das Schlimmste," sagte er halblaut vor sich hin. „Wer solch erbärmliches Hundeleben sich verkürzen will, wird mit Gefängnis bestraft."

Er rückte einige Male in dem Lehnstuhl hin und her und blickte, in Erinnerungen versunken, vor sich hin.

„Wie meinen Sie das? Der Selbstmord wird doch nicht bestraft?" forschte Leptien.

Der Invalide nickte mit dem Kopfe.

„Ja, sind Sie denn etwa deshalb bestraft?"

Der Gefragte blieb stumm. Endlich murmelte er: „Gott verzeihe ihm die Bubengemeinheit."

„Aber, erzählen Sie doch!" drangen wir in ihn.

„Es wird nichts erzählt!" Der Invalide wollte sich erheben, um zu gehen.

„Nein, nein, bleiben Sie nur!" Ich drückte ihn wieder auf den Stuhl nieder. „Sie brauchen nichts zu erzählen! Wenn man dies elende Dasein von sich werfen will und dann in Arrest gerät, ist das traurig genug!"

„Gewiß, traurig ist es, ein Trauerspiel." Seine Stimme klang bewegt.

Nach einer Weile hub er wieder an. „Leptien, Sie stehen doch selbst schon an der Greisenschwelle und können mirs so recht nachfühlen . . . Das ganze Leben lang sauer arbeiten und dann ins Gefängnis . . ."

Seine Augen starrten düster vor sich hin. Dann drängten sich ihm die Erinnerungen wieder auf, und wie zu sich selbst sprach er: „Dreißig Jahre habe ich der Fabrik gedient. Ich war stets pünktlich und ließ mir nichts zuschulden kommen. Und ich wäre jetzt noch da, wenn ich nicht krank geworden wäre."

Er faltete die Hände und blickte verloren auf den Fußboden. „Krank wurde ich; nicht lange! Ein Darmkatarrh war es. Als ich nach einer Woche wiederkam, war meine Stelle durch einen andern, Jüngeren, besetzt. Ich ging also zum Aufseher der chemischen Fabrik. Der zuckte die Achseln. Ich sei ja auch schon alt und solle nur in den Ruhestand treten, antwortete er. Wovon ich mich ernähren solle, sagte er nicht. Das Gehirn erschien mir gelähmt vor Entsetzen, als ich den Ausgang suchte, so drückte mich die plötzliche Entlassung nieder. Meine Krankheit hatte sich noch nicht ganz gebessert. Ich hatte mich wieder an die Arbeitsstätte geschleppt in der Hoffnung, daß Opium, eine Arznei, die mir früher schon einmal gute Dienste geleistet und uns Angestellten leicht zugänglich war, mir wiederum helfen würde. Opium wirkt ja beruhigend und krampfstillend. Das wußte ich. Und als ich hinauswankte, schwach von der Krankheit, betäubt von der plötzlichen Entlassung, erinnerte ich mich dieses Heilmittels, kehrte noch einmal um, meine Sachen zusammen zu suchen, und bat einen der Angestellten um ein wenig Opium.

„Na, hol' Dir's selbst! Kennst Dich doch hier aus!" sprach er zu mir.

„Das war recht, aber ich war ganz von Sinnen.

Jeder Gegenstand, jedes Werkzeug, ja jeder Winkel hatte sich in der langen Zeit meiner Arbeit in der Fabrik mit meinem Denken und Fühlen innig verwoben. Mir schien, als hätte ich allem, was mich dort täglich umgeben, und soviel Herzeleid und Kummer mit mir geteilt, ein Stückchen meiner Seele eingehaucht, wenn ich zwar schweigend, aber mit sprechendem Herzen mich mit den Gegenständen und dem Werkzeug um mich her unterhielt. Und nun sollte ich Abschied nehmen von allem, was mit meinem Anschauungsleben so eng verbunden war. Ich stand lange still, in mich gekehrt.

Da donnerte die Stimme des Fabrikbesitzers an mein Ohr. Ich fuhr zusammen. Wir Arbeiter kannten ihn als Menschenschinder schlimmster Sorte. „Sie Langmeier, Sie!" schimpfte er mich an. „Was gaffen Sie denn da ins Blaue? Die Arbeit ist doch nicht schwer!"

Diese letzten Worte mußten wir oft hören.

Das konnte er wohl sagen, der nie selbst sich zu mühen brauchte und nur Wucher trieb mit unserm Schweiß. Ich kümmerte mich nicht um solche Reden; ich war sie gewohnt und starrte noch immer vor mich hin. Ich war ja entlassen. Aber der mich da antreiben wollte, schien es noch nicht zu wissen. Und weil ich noch untätig dastand, rüttelte er mich an der Schulter. Ich fuhr auf und blickte ihm trotzig in seine stechenden grauen Augen, indem ich die Fäuste ballte. Ein rechtes Habichtsgesicht hatte er.

„Sie sind sofort entlassen!" tönte seine Stimme durch den Arbeitssaal.

Das erinnerte mich daran, daß ich hier schon entlassen war und nichts mehr zu suchen hatte. Auf dem Wege zum Ausgang nahm ich ein wenig Opium an mich für meine Krankheit. Aber als ich so dastand an dem offenen Gefäß, überkam mich der Gedanke, weshalb ich meine Krankheit beheben wollte. Mit meinem vornübergebeugten Rücken und den 65 Jahren würde ich doch nirgends mehr Arbeit finden. Und ein grausamer Gedanke stieg in mir auf, den mir die jetzt drohende Not aufzwang. Ich nahm ein so großes Quantum, daß es zu meiner Vergiftung ausreichte. Lieber einen solchen Tod, als verhungern, dachte ich."

Der Invalide machte eine Pause. Niemand von uns unterbrach die Stille, die im engen Stübchen herrschte. Wir verstanden schon, was den alten Mann an seinem Lebensabend noch hinter Kerkermauern gebracht. Endlich brach Leptien doch das Schwei-

Düsseldorf. In der am 11. Dezember abgehaltenen Versammlung wurde über den Antrag des Vorstands: Aufhebung der Sperre auf Platz C. F. Müller Witwe beraten, wozu auch unser Gauleiter Herrmann erschienen war. Dieser erläuterte nochmals die Gründe bei Verhängung der Sperre, und überzeugte dann die Kollegen, daß jetzt, da die Firma ihren Verpflichtungen nachgekommen sei, durchaus kein Grund mehr vorliege, die Sperre noch weiterhin aufrecht zu erhalten. Dann ersuchte er die Versammlung, bei der Abstimmung sich in diesem Sinne leiten zu lassen. Die Versammlung stimmte dann mit über ¾-Majorität für Aufhebung der Sperre. Hierauf ermahnte unser Gauleiter die Kollegen, auch weiterhin fest und treu zusammenzuhalten und ersuchte uns, die Bibliothek fleißig zu lesen, um uns im Wissen zu bereichern, indem er uns auf die Worte: „Wissen ist Macht!" hinwies. Auch versprach er, uns in Kürze einen wissenschaftlichen Vortrag zu halten. Weiter wurde dann über die Unterstützung des hiesigen Gewerkschafts-Neubaus beraten. Nach erfolgter Diskussion beschloß die Versammlung, bis zum 1. März kommenden Jahres zwei Anteilschein. à 100 Mk. anzukaufen. Ferner wurde noch mit über ⅔-Majorität beschlossen, den wöchentlichen Beitrag von 60 auf 65 Pfg. zu erhöhen von der 49. Woche ab, was unter den obwaltenden Umständen für notwendig gehalten wurde. Im Punkt Verschiedenes wurde der Vorstand damit betraut, die Zwistigkeiten zweier Kollegen zu schlichten. Für einen zureisenden fremden Kollegen wurde eine Sammlung vorgenommen; ferner wurde beschlossen, für zwei kranke Kollegen zur Unterstützung Sammellisten zirkulieren zu lassen. Zur Aufnahme hatte sich der uns bis jetzt fernstehende Kollege Joseph Luxem im Alter von 71 (einundsiebzig) Jahren gemeldet, welches die Versammlung mit Freude begrüßte.

Erfurt. Am 14. Dezember fand eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Genosse Körner über Lebensmittelpreise und Arbeitslöhne referierte. In seinem einstündigen Vortrage legte der Redner an der Hand des amtlichen Statistischen Jahrbuches von 1905 dar, wie gerade die notwendigsten Lebensmittel, wie Fleisch, Brot usw., fortwährend im Preise gestiegen sind. Es sei festgestellt worden, daß obige Produkte bis durchschnittlich 35 Prozent verteuert worden sind, und eine weitere Verteuerung bei der gegenwärtigen Zollpolitik zu erwarten ist. Die Behauptungen unsrer Gegner, daß auch die Arbeitslöhne steigen, sind daß gerade das Gegenteil eingetreten sei. So sei laut Bericht nicht in Erfüllung gegangen. An Beispielen erläutert Redner, des Statistischen Amts nachgewiesen, daß die Arbeitslöhne der Bergarbeiter im Saarrevier von 3.69 Mark im Jahre 1892 auf 3.37 Mark pro Schicht im Jahre 1893 gefallen sind; erst von dieser Zeit an ist eine minimale Steigerung, und zwar bis zu 16 Prozent zu verzeichnen. Redner führt weiter aus, daß die Steigerung der Arbeitslöhne gegenüber der Verteuerung der Lebensmittel keineswegs im Einklang stehen, und fordert dringend auf, daß jeder einzelne selbst mit Hand anlegen müsse, um seine Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern und einen Ausgleich gegenüber den verteuerten Lebensmitteln zu erreichen. Er ermahnt die anwesenden Kollegen, dahin zu arbeiten, daß jeder einzelne sich seiner Berufsorganisation anschließt, im weiteren aber auch sich politisch organisiert, damit es auch uns gelingt, in den gesetzgebenden Körperschaften einen Einfluß zu gewinnen. In der sich anschließenden Diskussion ersucht Kollege Wagner, die Ausführungen des Referenten zu beherzigen, und weist an der Hand der örtlichen Statistik nach, daß auch unsre festgelegten Tarife von Jahr zu Jahr verschlechtert worden sind. Um nun mit der ständigen Steigerung aller zum Lebensunterhalt nötigen Artikel gleichen Schritt zu halten, müsse dahin gearbeitet werden, die bestehenden Lohnbedingungen einer gründlichen Besserung zu unterziehen. Im Verschiedenen wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am hiesigen Ort einer scharfen Kritik unterzogen und beschlossen, die reisenden Kollegen in Kenntnis zu setzen, daß zurzeit die hiesigen Arbeitsstellen vollständig besetzt und die Reiseunterstützung Radowitzstraße Nr. 40, Parterre, ausbezahlt wird.

Weiter gab Wagner bekannt, daß er wünsche, daß bei der Reichstagswahl die Steinmetzen bei der Flugblattverteilung usw. sich hereitwilligst in den Dienst der Partei zu stellen haben. Man darf wohl hoffen, daß unserseits auch nicht eine einzige Stimme den bürgerlichen Gegnern zufällt. Dieser warme Appell wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Eschershausen. Am 16. Dezember hielten die hier im Fabrik- und Hilfsarbeiterverband organisierten Steinarbeiter eine Versammlung ab, in welcher über den Uebertritt in den Steinarbeiterverband beraten wurde. Gauleiter Biewig erläuterte einleitend den Wert und Zweck der gewerkschaftlichen Organisationen, besonders betonend, daß der eigentliche Zweck und Wert der Verbände nicht die Reise-, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung sei, sondern die Erlangung besserer Arbeitsverhältnisse. Hier sei besonders der Steinarbeiterverband in der Lage, mit Genugtuung auf die letzten Jahre zurückblicken zu können, denn außer der Verordnung zum Schutze der Steinarbeiter, der sogenannten Bundesratsverordnung, seien in den letzten Jahren eine Anzahl Tarife und Arbeitszeitverkürzungen auf friedlichem Wege durchgesetzt, aber auch bedeutende Mittel seien für Streiks und Aussperrungen ausgegeben, und trotzdem sei ein respektabler Kassenbestand vorhanden. Desgleichen seien beträchtliche Summen für Agitation ausgegeben, die aber auch den Erfolg hatten, daß unsre Mitgliederzahl gewaltig gewachsen sei. Der Verband marschiert! Die Lebensmittelverteuerung, ja unsre ganze Zollpolitik und die dadurch bedingte unsichere und schlechtere Lage der Arbeiter treibt aber auch jeden einigermaßen einsichtigen Kollegen dem Verbande zu. Die Aussperrungspraktiken der Unternehmer machen auch vielen die Augen auf. Die Gewerkschaftsorganisationen sind im wahren Sinne des Wortes der einzige wirksame Schutz für den Lohnarbeiter. In der Diskussion wurden besonders die traurigen Löhne der hiesigen Steinarbeiter beleuchtet, die pro Jahr noch nicht ganz 800 Mark betragen. In den Dolomitbetrieben wird der sowieso magere Lohntarif nicht einmal eingehalten. Die Bundesratsverordnung hängt wohl aus, aber die Innehaltung der einzelnen Paragraphen scheint man nicht für nötig zu halten; außerdem fehlen die andern Schutz- und Lehrlingsvorschriften. Das Resultat der Diskussion war, daß sämtliche hier beschäftigten Steinarbeiter Anfangs März nächsten Jahres in den Steinarbeiterverband übertreten wollen. Zu dem Zwecke soll Ende Februar eine öffentliche Steinarbeiterversammlung einberufen werden.

Görlitz. Am 8. Dezember fand unsre diesjährige Hauptversammlung im Potsdamer Hof statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das Andenken des verstorbenen Kollegen Nitsche in der üblichen Weise geehrt. Hierauf gibt der Vorsitzende den Bericht über das verflossene Geschäftsjahr. Zu Anfang desselben sind wieder Anknüpfungen betreffs der Organisation in den Königshainer Bruchdistrikten versucht worden; leider ohne Erfolg. Die dortigen Kollegen motivierten ihr Verhalten damit, daß ihnen kein Versammlungslokal zur Verfügung stände und auch die Beiträge zu hoch seien. Im Herbst, als dort Lohnabzüge stattfanden, wahrscheinlich für ihr braves Verhalten im Sommer, fanden sie den Weg zu uns und klagten ihre Not. Wir konnten ihnen nur den Rat geben, sich eine gute Organisation zu schaffen und dadurch die Verhältnisse zu bessern. Auch bei uns glaubten etliche Kollegen nach dem 1. Juli die höheren Beiträge nicht zahlen zu können und traten aus dem Verband. Eine Versammlung, die deshalb abgehalten wurde und zu der auch der Gauleiter Jahn zugezogen wurde, verlief resultatlos. Durch eine später einberufene Werkstattversammlung gelang es uns, dieselben dem Verbande wieder zuzuführen, und zahlten die Kollegen auch die entstandenen Restmarken nach. Kollege Obiora gibt den Geschäftsbericht vom verflossenen Jahre und gibt bekannt, daß auch wir Erfolge erzielt haben, indem die Mitgliederzahl gestiegen ist und die Organisation sich auch auf alle andern Werkplätze ausgedehnt hat. Die Wahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen 1. Vorsitzenden, Kollegen Spantig, und des Kassierers, Kollegen Obiora. Zum 2. Vorsitzenden wurde Elsner, als stellvertretender Kassierer Hoffmann, zum Schriftführer Wählte und zu Revisoren Siegel und Schnabel gewählt. Zu Kartelldelegierten wurden die Kollegen Hentschel und Hänsch bestimmt. Ein Antrag des Gewerkschaftskartells: Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs, wurde angenommen.

Hamburg II. Am 11. Dezember fand Drehbahn 44 eine Mitgliederversammlung statt. Es wurde bekannt gegeben, daß Sonnabend, den 26. Januar 1907, im neuerbauten Gewerkschaftshause das Wintervergnügen stattfindet. Bei der stattgefundenen Vorstandswahl wurde als 1. Vorsitzender O. Beigang als Kassierer, O. Heumann als Schriftführer, sowie Kartelldelegierter A. Janßon wiedergewählt, als Revisoren O. Filitz, F. Wild. Unterm 3. Punkt: Ein Antigewerkschaftsgesetz, erläuterte der Vorsitzende den Gesetzentwurf und verlas einiges aus dem Korrespondenzblatt der Generalkommission. Er erklärte der Versammlung, welche große Gefahren dieser Gesetzentwurf für die Gewerkschaften bedeute und richtete an die Kollegen die Aufforderung, mit aller Energie dagegen anzukämpfen, daß uns das bißchen Koalitionsrecht nicht noch geraubt wird; ferner besuche ein jeder die in nächster Zeit stattfindenden Protestversammlungen, welche zu verhindern suchen werden, daß dieser Gesetzentwurf in die Praxis umgesetzt wird. Da noch ein großer Teil der Hamburger Marmorarbeiter der sozialdemokratischen Partei fernsteht, und noch Leser der bürgerlichen Blätter ist, so ersuchte der Vorsitzende, daß doch endlich einmal sich jeder der Partei anschließt und nur das Blatt abboniert, welches unsre Interessen wirklich vertritt. Nachdem noch aufgefordert wurde, die Beiträge bis Ende Dezember in Ordnung zu bringen, war Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Hasserode. Trotzdem die hiesige Zahlstelle im Laufe des letzten Jahres ganz gewaltige Fortschritte gemacht hat, läßt doch die Schulung der Kollegen zu tüchtigen Kämpfern im gewaltigen Ringen der Gegenwart in mehr denn einer Hinsicht noch vieles zu wünschen übrig. Als Beispiel diene folgendes: Am Orte besteht ein vor Jahren gegründeter Steinhauerverein; bei der Gründung ging man von der Ansicht aus, aus demselben später die gewerkschaftliche Organisation erstehen zu lassen. Auch aus dem Inhalt der Statuten geht die Gewißheit hervor, daß dem Verein bei der Gründung ein höheres Ziel gesteckt war. Die gestellte Aufgabe war gewiß eine schöne, aber die Gründer waren zu schwach, sie zu lösen. Der Verein sank auf ein immer tieferes Niveau hinab und trägt heute die Gefahr in sich, **zur Streikbrecherorganisation sich auszuarten.** Um nun allen Eventualitäten vorzubeugen, traten in letzter Zeit eine Anzahl Verbandskollegen dem Vereine bei und der Antrag wurde gestellt, denselben aufzulösen. Gut, mit der Auflösung ist man einverstanden und sie kommt auch durch, trotz der verzweifelten Anstrengungen der Gegner und ihrer Angehörigen, die ihren ganzen Haß auf diejenigen werfen, die die Anregung zu diesem Vorgehen gegeben haben. Der Vorsitzende der Zahlstelle soll aus dem Orte geprügelt werden, weil er alles „umkrempele". Nun, die verhaßten Kollegen empfinden für derartige Angriffe nur tiefes Mitleid mit den in geistiger Hinsicht leider noch sehr tiefstehenden Arbeitern, die wegen derartiger Kleinlichkeiten zetern und schreien, als passiere auf der ganzen Welt nichts wichtigeres, das sie angehe. Aus purer Aengstlichkeit vor diesen Gegnern wissen aber auch leider ein Teil der Freunde der Auflösung nicht, wo sie ihren Kopf haben, denn sonst würden sie nicht für die Verteilung des Vereinsvermögens Propaganda machen, das, wie in der letzten Mitgliederversammlung so energisch von einigen Stellen betont wurde vom Standpunkt der Gerechtigkeit und Billigkeit aus betrachtet, keine andre Verwendung finden kann, als der Lokalkasse gehören muß. Kommen diese Kollegen nicht bald zu einer besseren Einsicht, so gereicht es der Zahlstelle zur Schmach und zur Schande. Soviel werden die Kollegen wohl schon rechnen gelernt haben, **daß sie** die Ueberzeugung haben könnten, daß das Geld nur in der Organisation zinsbringend angelegt ist. Es wird auch gesagt, man solle durch Suggestion keine neuen Anhänger für den Plan der vernünftigen Kollegen zu gewinnen suchen, wir sind aber überzeugt, daß diejenigen, die für eine Ueberführung des Vermögens in die Verbandskasse eintreten, nicht durch äußere Einflüsse auf ihren Standpunkt kamen, sondern nur durch den Prozeß ihrer eignen Denkfähigkeit. Es sind dieselben, die im vorigen Jahre durch ihr energisches Vorgehen die Tarifverhandlungen herbeiführten. Die „Teiler" werden wohl nicht sagen wollen, daß dieselben damals von leitenden Kollegen suggestiert wurden. Bei ihnen scheint dies aber der Fall zu sein, denn würden sie ihr eignes Denkvermögen ein klein wenig anstrengen, kämen sie selbst zu dem logischen Schlusse, auf dem ein großer Teil der Kollegen jetzt schon ist, sie würden in den Ruf einstimmen: **das** Geld gehört dem Verband. Uebrigens ist auch das Vergrößern des Ortsfonds nicht nur Aufgabe der die Agitation in der Umgegend umsonst leitenden und stets im Interesse der Arbeiterbewegung tätigen Kollegen, sondern dies ist eine der ersten Pflichten aller. Wollen wir ernten, dann müssen wir erst säen und auch das Feld genügend beackern.

Hochspeyer. Am 16. Dezember fand hier eine schlecht besuchte Versammlung statt. Aus dem Bericht der fünf Kollegen, welche klagbar waren gegen den Unternehmer Philipp Haab von Frankenstein wegen Lohnrückstands, ist zu entnehmen, daß die Klage durch einen Vergleich geschlichtet wurde. Es mußten mehrere Gerichtssitzungen abgehalten werden. Die Lohnforderung wurde nach Begutachtung des Sachverständigen Adam Heil, Innungsmeister aus Kaiserslautern, bei vier Kollegen als zu hoch erachtet und reduziert. Einem Kollegen wurde seine Forderung zugesprochen. Unternehmer Haab erklärte, die von Herrn Adam Heil aufgestellte Summe an die Kollegen zu bezahlen und die Hälfte der Kosten zu tragen. Er gab dieses zu mit dem Bemerken, die Sache aus der Welt zu schaffen. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß ein Fragebogen zirkulieren wird, um festzustellen, wer in diesem Jahre wegen Lohndifferenzen hätte klagbar werden können. Es handelt sich um die Begründung einer Petition an den Gemeinderat für Errichtung eines Gewerbegerichts. Der Kassierer rügte noch die Lauheit der Kollegen in ihren Verpflichtungen der Kasse gegenüber, was zum Ausschluß der Betreffenden führt.

Karlsruhe. In der am 16. Dezember stattgefundenen Versammlung wurde beschlossen, vorläufig die Sperre über den Platz Süddeutsche Marmor-, Granit- und Sandsteinwerke, vormals Gössel aufzuheben. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Differenzen mit diesem Geschäft beseitigt sind. Im Interesse der zureisenden Kollegen liegt es, sich erst beim Kassierer zu erkundigen. An der Zeit wäre es jetzt auch für die hiesigen Steinarbeiter, sich einmal der Organisation anzuschließen. Kollegen! Nehmt Euch ein Beispiel an den hiesigen Meistern der Grabsteinbranche. Konnten die sich einig werden, warum sollten wir das nicht können? Die Meister haben eingesehen, daß der einzelne machtlos ist. Sind denn unsre Interessengegensätze größer als die der Unternehmer? Gewiß nicht! Und was hindert uns, einig zu sein? Das ist die Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit. Hinweg mit diesen und offenen Auges dem Ziel entgegen! Nur so ist es möglich, auch hier bessere Verhältnisse zu erringen!

---

gen: „Na, und als Sie dann das Gift aus dem Gefäß nahmen, was geschah dann?"

„Was geschah? Der Fabrikbesitzer stürzte auf mich los und stieß mich so heftig zur Seite, daß ich taumelte. Spitzbube! hat er mir zugerufen. Wenn Sie nicht schon mit einem Fuß im Grabe ständen, würde ich Sie wegen Diebstahls den Gerichten übergeben! Dann habe ich mich auf ihn gestürzt und diese Faust auf sein Habichtsmaul niedersausen lassen, bis sein knochiges Maul blutüberströmt war und der Leuteschinder am Boden lag.

Ich bin freilich am selben Tage noch auf die Polizei gekommen. Es war das erste Mal, daß ich vor Gericht stand und ins Gefängnis mußte. Diebstahl und Körperverletzung, hieß es. Ich habe ja den Menschen halb totgeschlagen. Aber geärgert hat es mich nicht. Der Ausbeuter hatte seine Hiebe verdient. Wenn ich vor der Welt auch ein Dieb war, in meinem Innern wußte ich mich frei von Schuld. Ich habe mich doch nicht bereichern wollen. Nur ans Sterben dachte ich. In der langen Einsamkeit des Kerkers drängten sich mir allerlei Gedanken auf. Wenn ich die Hand durch die Eisenstäbe am Fenster zwängte, um zu spüren, wie frische, neubelebende Luft sein müsse, träumte ich davon, wie ich jetzt durch Felder und Fluren eilen möchte. Dann kamen mir schöne, alte Kinderreime in Erinnerung:

Wie die Wolken dort wandern am himmlischen Zelt,
So steht auch mir der Sinn in die weite Welt!"

Der Sprecher machte eine Pause. Und so ist es gekommen."

Er schwieg wieder. Mit den letzten zusammenhanglosen Worten wollte er offenbar andeuten, so sei es gekommen, daß er in seinem Alter noch ins Gefängnis mußte. Wir verstanden ihn auch und blickten ihn nur stumm an. Das Bild, das er da in seiner schlichten Weise vor uns entrollt, es war ja das Los so vieler, die das Alter gebrechlich gemacht und die dann auf das Straßenpflaster geworfen wurden. Hier erinnerte wieder ein Menschenschicksal an die Not, die sich stumm durch die Gassen schleppt, die nicht klagt, sondern nur aus tränengefüllten, sorgenvollen Augen blickt. Der Schmerz ist am tiefsten, wenn er schweigend in den Lumpen der Armut umherschleicht, wo aber die Menschen ihm Ausdruck verleihen, wird der Schmerz zum Richter über alle, die ihre Sinne umgaukeln lassen vom Flitter und Genuß und ihre wirtschaftlich schwächeren Mitmenschen um ihren Anteil an der Daseinsfreude prellen.

Es herrschte noch immer Schweigen. Der Invalide begann wieder: „Meine Kinder sind sämtlich verheiratet und haben genug Sorgen mit ihrer eignen Familie; und so ist es einsam um uns alte Leute geworden. Meine Frau versucht sich im Hausieren. Aber ich kann mich zu so einem Bettelhandwerk nicht zwingen. Ich will arbeiten, verstehen Sie, arbeiten, ehrlich und im Schweiß. Ich mag nicht schachern von Tür zu Tür!"

Er schlug mit seiner schwieligen nervigen Faust auf den Arbeitstisch, daß es dröhnte.

„Gott sei Dank hab' ich noch Kraft genug. Aber, wie Sie sehen, der gebeugte Nacken, der vom jahrelangen Tragen schwerer Säcke entstand — das ist ein Hindernis! Es will mich nun niemand mehr haben zur Arbeit, niemand mehr!"

Wir hatten Mitleid mit dem Alten, vermochten ihm aber nicht zu helfen. Und die Invalidenrente? Wir wußten ja, daß er sich noch fünf Jahre weiterschleppen mußte, bevor er Anspruch hatte auf die 30 Pfennige pro Tag.

„Meine Frau bekommt von mitleidigen Leuten häufig eine Kleinigkeit zu essen, wenn sie an den Haustüren hausiert. Aber mir bringt niemand was. Zu meinen Kindern will ich nicht. Ich will überhaupt nichts geschenkt haben, verstehen Sie! Ich will verdienen, ich will arbeiten!"

Wieder fuhr die kräftige Faust auf den Arbeitstisch. Aber dann beruhigte er sich plötzlich. „Ist alles Unsinn, alles Unsinn!" murmelte er und legte die Hände im Schoß zusammen „Die Krankheit hat mir einen harten Stoß gegeben. Und dann das Gefängnis mit seinen Wassersuppen! Zwar bin ich jetzt frei und darf den Rest meines Lebensabends in Beschaulichkeit verbringen. Ich fühle mich auch noch kräftig . . ." Er streckte den Arm straff aus. „Nur müßte ich mehr essen."

Diese letzten, halblaut gesprochenen Worte brachten ihn wieder zum Nachdenken. „Ist alles Unsinn, alles Unsinn!" murmelte er abermals. „Aber anders müßte es sein! Viel gerechter — und Hunger dürfte es nicht geben — und arbeiten müßte dürfen, wer arbeiten will — und Fürsorge für uns alte Leute — und keine Sorgen, keine Tränen!"

Der alte Mann wischte sich mit dem Handrücken die Augen. Ich legte ihm meine Hand auf die Schulter. „Sehen Sie mal, Alterchen, das wird einmal alles anders. Not und Elend wird es einst nicht mehr geben. Bis heute träumen wir nur von all dem Glück, das den Armen und Aermsten versagt geblieben. Aber wenn wir erwacht sind, wenn wir uns all der Kräfte bewußt geworden, die in unsern Adern schlummern, dann wird einmal das leuchtende Morgenrot über unsre Wege aufsteigen; dann werden alle Müden aufgerichtet und die Hungernden gesättigt werden!"

„Ja, ja, das ist gewiß da droben!" Er zeigte ungläubig zum Himmel.

„Nein, hier auf Erden wohnt das Glück und in unserm Innern thront das Recht — wenn wir Arbeiter wollten."

Der Invalide wandte sich ab. „Ist alles Unsinn, Unsinn! Ich wand're jetzt täglich hinaus durch Feld und Flur, und wenn ich die Natur prangen sehe, oder wie jetzt zur Winterszeit das große Leichentuch, der Schnee, über Feld und Busch gebreitet liegt, dann stehen mir alle befreundeten Menschen näher, und Haß. Niedertracht und alle Erbärmlichkeit ist weit von mir gerückt."

Seine Augen, die bis dahin düster vor sich hingeblickt, nahmen den Ausdruck der Verklärung an. „Und dann spüre ich da draußen den Hunger nicht, und niemand sieht mich verächtlich an wegen der schlechten Kleidung."

Jetzt wandte sich Leptien an ihn. „Das sollten Sie doch lieber nicht tun, so ganze Tage draußen sein und nichts essen. Ihre Tage sind gezählt, und da heißt es knausern. Also hören Sie! Wir sind selbst arm. Aber besser als Ihnen geht's uns. Und nun kommen Sie jeden Mittag zu uns, am gemeinsamen Familientisch mit uns zu essen. Wollen Sie das?"

Er wollte anfangs nicht, aber unserm längeren Zureden gelang es, ihn umzustimmen. Und dann ging er schwerfälligen Schrittes hinaus.

Einige Wochen verstrichen. Er war Leptiens Gast. Aber zu den Plauderstunden in dessen Arbeitszimmer kam er nur noch selten. Leptien erschien ihm als Wohltäter, von dem er sich abhängig fühlte. Auch drängte sich ihm das Bewußtsein der Bedürftigkeit deutlicher auf, wenn er ihn zur Geselligkeit aufsuchte. Das warf einen Schatten auf das Verhältnis. So sah ich ihn nur noch selten. Von seinem Schicksal erfuhr ich nichts weiter mehr, als daß er durch Feld und Flur planlos irrte.

Als ich eines Tages wieder in jenes Hinterstübchen eingetreten war und nach dem Invaliden fragte, erfuhr ich, daß er schon zur letzten Ruhestätte auf den Friedhof getragen sei.

An einem sonnigen Wintertage schritt ich hinaus an das Grab des Invaliden. Es war ein Sonntag. Still wie unter einer warmen Decke lagen die Hügel unterm Schnee. Alles war ringsum ruhig, kalt und klar, wie der ewig schlafende Tod. Unter den frisch aufgeworfenen Gräbern fand ich eines mit dem Namen Reimers. Ich heftete lange den Blick auf das schwarze Holzkreuz. Hier fand sich der Mühen letztes Ziel. Hier mußten sie alle her, Herrscher und Beherrschte, vor Hunger und Frost Gestorbene und reiche Schlemmer und Wüstlinge. Wer auf die Gebote hörte, die in unserm Innern ertönen oder wer die Gewissensstimme erstickte, hier wurden alle mit demselben Maße gemessen. Der Tod schnitt alle Fäden ab und bettete die müden Schläfer nebeneinander. Ich stand in Gedanken versunken inmitten des Reichs des Todes und feierlich klangen die Sonntagsglocken über den stillen Friedhof zu mir herüber . . . H. G.

Ochsenbach. Am 12. Dezember tagte im Gasthaus zum Stromberg eine Steinarbeiterversammlung, wozu Kollege Braun aus Straßburg erschienen war. Redner referierte über das neue Ausnahmegesetz wider die Arbeiterklasse. Braun behandelte sein Thema vorzüglich. Weiter streifte Br. die Berufsverhältnisse unseres Bezirks. Leider sind wir in dieser Gegend immer noch die Einzigen, die organisiert sind, unsre benachbarten Kollegen haben einen Verband nicht nötig. Zu erwähnen ist noch, daß hier in Ochsenbach bei einer Firma noch krasse Zustände herrschen. Die Arbeitsbuden sind so schlecht beschaffen, daß die Kollegen jedem Unwetter ausgesetzt sind. Unser Gauleiter versprach, in agitatorischer Hinsicht alles aufzubieten, um dem Verband mehr und mehr Eingang zu verschaffen. Diese Aeußerung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Auf die miserablen Lohnverhältnisse unsres Bezirks kommen wir noch zurück. Den Fernstehenden sei zugerufen: Hinein in den Verband!

Reichenbach. Am 15. Dezember tagte bei Gastwirt Trodt unsre Mitgliederversammlung, welche besser besucht hätte sein können. Es wurde die Streikabrechnung verlesen. Dann wurde über den Punkt: Wie halten wir das Erkämpfte hoch, debattiert. Es wurde von verschiedenen Kollegen gerügt, daß schon wieder eine Anzahl Mitglieder nicht in der Versammlung anwesend war. Pflicht der Reichenbacher Kollegen muß es sein, die Lokalitäten zu meiden, die uns zu Versammlungen nicht zur Verfügung stehen. Scharf muß gerügt werden, daß so viele Kollegen kein Interesse an unsern Beratungen haben. Wo bleibt da das Klassengefühl? Heute versuchen uns die Meister aufs Pflaster zu werfen, zu verhöhnen, aber unsre Kollegen scheinen teilweise gesonnen zu sein, die verabfolgten Ohrfeigen in aller Gemütsruhe einzustecken. Nein, soweit kommt es hier nicht, daß die Lauheit der Kollegen so weiter gehen kann, wir werden Maßregeln treffen müssen, um die Versammlungsschwänzer an den Pranger zu stellen.

Ausgeschlossen aus dem Verband wegen Streikbruchs mußten folgende ehemalige Verbandsmitglieder werden: Max Wilhelm, Jakob Mink, Adam Riedlinger und Georg Horn. Wir wünschen denselben viel Glück zum ferneren Gedeihen.

Schmalkalden. Am 10. Dezember tagte hier eine Steinarbeiterversammlung für Schmalkalden und Umgegend. Die Abrechnung wurde verlesen und für richtig befunden. Als Vorsitzender wurde der bisherige Kollege Krause wiedergewählt, auch das Amt eines Kassierers wurde ihm übertragen. Zum Schriftführer wurde Henning und zu Revisoren Stelefeld und Schönstedt bestimmt. Sämtliche genannte Kollegen nahmen die Wahl an. Weiter entstand eine Debatte über den Steinarbeiter Bätz, welcher sich ordnungsgemäß vom Verband abmeldete und jetzt nach seiner eignen Aeußerung die Löhne drücken will. Der Kollege Mägdefrau wurde ausgeschlossen, weil er neben seinen Rechten seine Pflichten vergißt. Nach Erledigung einiger Internas war Schluß der Versammlung.

Strehlen. Am 13. Dezember fand hier eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Der vorgesehene Referent war leider verhindert, zu erscheinen. Unterm 1. Punkt der Tagesordnung: Wie stellen sich die Kollegen zur Abschaffung der Prämie, entspann sich eine lebhafte Debatte. Sämtliche Redner waren dafür, daß mit dieser Methode gebrochen werden müsse. Eine Reihe von Gründen sind für uns maßgebend, um die Prämie zu beseitigen. Im Sommer geben die Bruchmeister am Tage eine bestimmte Anzahl Pflastersteine an, wenn diese abends nicht fertig sind und dann jemand länger Frühstücks- oder Vesperpause macht, wird die Prämie gestrichen. Wer unentschuldigt von der Arbeit wegbleibt oder wer gegen den Arbeitgeber agitiert, geht ebenfalls der Prämie verlustig.

Ulm. Zu der am 10. Dezember tagenden Versammlung erschien der Gauleiter, Kollege Braun aus Straßburg, der in 1½stündigem Vortrage über Sozialpolitik und die betreffenden Gesetze referierte. Er entledigte sich seiner Aufgabe in vortrefflicher Weise. Schon die Klarheit und Deutlichkeit seiner Aussprache und Satzstellung fesselte die Zuhörer allgemein. Er führte vor Augen, wie sich das Zentrum und die bürgerlichen Parteien in den Parlamenten zu den sozialpolitischen Gesetzen stellten, wie das Ausland getäuscht werde mit großen Zahlen der Ausgaben, ohne die horrende Zahl derer zu nennen, welche durch die unzulängliche Rente der Alters-, Invaliden- oder Unfallversicherung kaum ihr Dasein fristen können. Der kolossale Aufschwung der Industrie, gesteigert durch die unverantwortliche Ueberproduktion, nütze die Arbeitskraft dermaßen aus, daß eine Degeneration eintreten müßte. Dieses zwang die Regierung, sich mit Sozialpolitik zu beschäftigen. Die Arbeiter griffen zur Selbsthilfe, zur Gründung von Organisationen. Das Sozialistengesetz vernichtete fast alles, was durch jahrelange Mühe aufgebaut war. In diesen Zeitraum fällt das Entstehen der sozialen Gesetze. Redner streift dann noch die Zuchthausvorlage seligen Angedenkens und geht dann auf das Verhalten der bürgerlichen Parteien den Arbeitern gegenüber näher ein. Die Debatten über die Zollerhöhung wurden nicht vergessen. Zum Schluß weist Redner auf das Antigewerkschaftsgesetz hin. Die Behandlung dieses Entwurfs im Reichstage müsse bei den Arbeitern berechtigtes Mißtrauen erwecken. Der Vorsitzende dankte im Namen der Versammlung für den lehrreichen Vortrag. Die Steinmetzen der Münsterbauhütte hatten ein Gesuch um Teuerungszulage eingereicht. Diese wurde anerkannt und den Steinmetzen für den Winter pro Tag 20 Pfg. Zulage genehmigt. Der Herr Kommerzienrat Schwenk will seinen organisierten Steinmetzen zu Weihnachten einen Vertrag auftischen. Die Ortsverwaltung soll jedoch nichts mitzusprechen haben. Die Erfahrungen mahnen hier zur Vorsicht.

Rundschau.

Zum Jahreswechsel entbieten wir unsern Verbandskollegen die herzlichsten Glückwünsche. Mögen uns auch im neuen Jahre, wie bisher, große Erfolge sicher sein. Das kommende Jahr beginnt mit einem sehr heißen Wahlkampf. Hoffentlich tun auch in diesem unsere Kollegen ihre volle Pflicht, indem sie Mann für Mann die sozialistischen Kandidaten unterstützen. Nach der Wahlschlacht muß es mit gewohnter Frische an die Werbearbeit für den Verband gehen. Alle Mann an Bord! muß in organisatorischer und agitatorischer Hinsicht die Parole unserer Verbandsmitglieder für 1907 sein, dann bildet unsere Organisation auch weiterhin einen sicheren Hort gegenüber den Brutalitäten der Unternehmer und den schamlosen Machinationen der bürgerlichen Parteien.

Der Zentralvorstand. Die Redaktion.

Für die bevorstehende Reichstagswahl bewilligten die Leipziger Maurer die respektable Summe von 3000 Mk. Auch die Töpfer stellten dem Agitationskomitee 100 Mk. zur Verfügung. Möge das Leipziger Beispiel überall Nachahmung finden.

Mehr Polizei! — das ist die einzige Nutzanwendung, die man in Nürnberg aus den Augustkrawallen gezogen hat. Vom 1. Januar ab wird die Zahl der Schutzleute, unter ausdrücklicher Berufung auf jene Vorgänge, um 20 vermehrt. Die Krawalle sind aber gerade dadurch entstanden, daß zu viel Polizei am Platze war und immer mehr neugierige und radaulustige Elemente anzog, die dann mit Säbel und Revolver vertrieben wurden. Es wäre also viel eher eine Verminderung der Polizei zu empfehlen gewesen.

Kapitalistisches Schamrotzertum. Nach einer vom Berliner Börsen-Courier gebrachten Zusammenstellung erzielten die 45 deutschen Lebensversicherungsgesellschaften im Jahre 1905 eine Gesamtprämien- und Zinseneinnahme von 649 000 000 Mk. gegen 611 000 000 Mk. im Vorjahre. Das Vermögen der Gesellschaften wuchs von 3 588 000 000 Mark auf 3 837 000 000 Mk. und der Gesamtüberschuß von 101 000 000 Mk. auf 107 000 000 Mk. An erster Stelle mit allen Ziffern steht die Viktoria, die allein einen Ueberschuß von 24 600 000 Mk. verzeichnet, dann folgt die Gothaer Lebensversicherungsbank mit 9 600 000 Mk. Ueberschuß, dann reiht sich an die Germania mit 6 700 000 Mk. Sämtliche Gesellschaften hatten Ende 1905 einen Bestand von 2 338 871 Policen mit 8 308 982 494 Mk. Versicherungssumme. Größeres Interesse beanspruchen die gelöschten Versicherungen. Im Jahre 1905 belief sich der Abgang durch Eintritt des Versicherungsfalles, d. h. infolge des Ablebens der Versicherten oder Ablauf der auf Zeit abgeschlossenen Versicherungen auf 150 879 039 Mk., während durch vorzeitigen Rückkauf, Reduktion der Versicherungssumme und Verfall der Policen 174 959 587 Mk. in Abgang kamen. Die ungeheuren Profite dieser Gesellschaften sind in der Hauptsache auf ein förmliches System der Ausbeutung, dem die Versicherten unterworfen werden, zurückzuführen. Zutreffend weist der Vorwärts darauf hin, daß, wie überall, so auch auf dem Gebiete der Versicherungen, die Aermsten der Armen am schlimmsten ausgebeutet werden. Was von den aus Unkenntnis geschlossenen Versicherungen gesagt ist, gilt ganz besonders für die Volksversicherungen. Auf diesem Felde wird auf Kosten der Minderbemittelten, die nur in kurzfristigen Zahlungen geringe Beträge abstoßen können, eine Unsumme von Arbeitskraft nutzlos vergeudet. Einige Angaben mögen das illustrieren: Die 11 Gesellschaften, welche sich mit Volks- und Arbeiterversicherung beschäftigen, buchten Ende 1905 einen Bestand von 5 128 500 Policen. Im Laufe des Jahres waren abgegangen 94 851 Policen durch Löschung der Versicherung, infolge Ablebens des Versicherten oder Ablauf der Versicherungszeit, dagegen betrug der Abgang durch vorzeitige Aufgabe der Versicherung 196 213 Policen. Die Zahl derjenigen, die nach kürzerer oder längerer Zeit die Versicherung aufgaben, ist mehr als doppelt so groß, als die der Empfänger von Versicherungssummen. Und für jede der vorzeitig aufgelösten Versicherungen wurde im Durchschnitt ein Betrag von — 1.52 Mk. zurückgezahlt. In den meisten Fällen wird natürlich nichts zurückgezahlt. Die Versicherten lassen ihre Police einfach verfallen durch Einstellung der Zahlungen. Durch Sterbefall und durch Ablauf der Versicherung bei Lebenszeit kamen insgesamt rund 16 200 000 Mk in Abgang, dagegen beläuft sich die Abgangssumme infolge Aufgabe der Versicherung auf rund 50 000 000 Mk. Die Gesamteinnahmen der Volks- und Arbeiterversicherungen betrugen 80 770 556 Mk. Dieser Summe stehen an Ausgaben für die Versicherten folgende Posten gegenüber: Tod oder Ablauf der Versicherung (Versicherungssummen und Bonifikationen) 13 507 036 Mk., Gewinnanteile 2 753 303 Mk., vorzeitig aufgelöste Versicherungen 299 032 Mk. Das sind insgesamt 16 559 371 Mk. direkte Ausgaben an die Versicherten. Für die Reserven usw. wurden rund 45 500 Mk. aus den Einnahmen gedeckt und die Verwaltung kostete 19 626 392 Mk., das sind 24,30 Prozent der Einnahmen. Aber die Verwaltungskosten beanspruchten weit mehr, als die direkten Ausgaben an die Versicherten. Kein Zweifel, durch die Volksversicherungen werden Arbeitergroschen ganz nutzlos vergeudet. Arbeiter und Arbeiterinnen sollten es sich dreimal überlegen, ehe sie in solcher Weise ihr Geld opfern. Eine viel, viel bessere, auf jeden Fall zinsenbringende Versicherung ist der Anschluß an die Berufsorganisation.

Ein glänzender Gewerbegerichtswahlsieg. Wie an andern Orten, so war auch in Solingen-Höhscheid zu den Gewerbegerichtswahlen das Proportionalwahlsystem eingeführt worden, und die Christlichen hofften dadurch, eine Anzahl Mandate zu ergattern. Sie sind aber schmählich unterlegen. Bei einer ungemein starken Wahlbeteiligung und bei einer skrupellosen Agitation der Christlichen wurden für die Kandidaten der freien Gewerkschaften insgesamt abgegeben 4987 Stimmen, für die der „christlichen" Gewerkschaften nur 887 Stimmen. Danach erhalten die freien Gewerkschaften 19 und die Christen 2 Beisitzer. Bei den Wahlen der Arbeitgeber erhielt die sozialdemokratische Liste soviel Stimmen, daß ihr zwei Beisitzer zufielen.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Waldenburg (Schlesien). Ersuche die Kollegen, mir den jetzigen Aufenthalt des Steinmetzen Gustav Kreis aus Hannover bekannt zu geben. Braunroth, Steinmetz.

Rüthen. Der Steinmetz Hermann Lohmann aus Münster in Westfalen wird ersucht, seine Adresse an Unterzeichneten einzusenden. August Konrad, Vorsitzender.

Adressen-Aenderungen.

Heilbronn. Vorsitzender: Georg Christ, Wolfgangsgasse. Kassierer: Friedrich Hägele, Neue Weinsberger Straße.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 10. bis mit 15. Dezember 1906.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

Schwerin, B. 6.70; Aachen, B. 5.—; Helmstedt, B. 2 20; Recklinghausen, B 4.95; Bernburg, B. 3.45; Bensheim, zurückgezahlte Streikunterstützung 53.74; Faulbach, B. 84.—, K. 10 —; Hamburg I, B. 460.—, E. 3.75, M. 0 30; Klein-Heubach, B. 84 —; Löwenberg, B. 138 —; Randersacker, B. 46.—; Schmalkalden, B. 25 20; E. 2 50, K. 0.70; Striegau, B. 599 76; Wunsiedel, B. 151.20, K. 3.80; Walldürn, B. 71.40, K. 8.—; Konitz, M. 1.—; Springe, B. 168.—, M. 0 30; Pirna, B. 460 —; Ottenhöfen 37.79 (?); Metten, B. 378.—; Bruckmühl, B. 168.—, M. 2 30; Augsburg, B. 181 70, E. 0.50; Stade, B. 3.25; Lübbecke, B. 24.20; Dresden, Ins. (K.) 1 45; Crawinkel, B. 184.—; Ebersbach 57 — (?); Halberstadt, B. 69.—, M. 2 —; Lübeck, B. 184.—, E. 0.50, M. 0.30, K. 4.—; Mülhausen i. E., B 92.—; Schopp, B. 37.80, E. 0.50, K. 0.70; Wenig-Rackwitz, E. 0 50, K. 17.30; Ebenstetten, B. 147 —, K. 3.—; Schwarzenbach, B. 377.20, K. 18.20; Lahr, B. 84.—; Kelbra, B. 42.—, M 0.30; Droysig, B. 42.—; Krefeld, B. 138.—, E. 0.25, M 0 30; Melsungen, B 4.95; Waldenburg, B. 9.50; Wulsdorf, B. 2 50; Verden, B. 6.85; Sangerhausen, B. 5.—; Göttingen, B. 168.—, E. 5.25; Bunzlau, B. 460.—; Göppingen, B. 84.—, E. 2.—.

Ludwig Geist, Kassierer.

Briefkasten.

B. Hat sich durch Auflösung des Reichstages erledigt. — **Runding.** Inserat kostet 80 Pfg. — **G.** War doch zu schwulstig; die Einleitung beträgt drei Viertel des Artikels, die Materie selbst wird nur im Vorbeigehen behandelt. Deshalb abgelehnt. — **B.** Weshalb bis nach Toresschluß warten? Der Artikel mußte deshalb in den Papierkorb wandern. — **Rostock.** Bericht wurde abgelehnt. Das Mitgeteilte ist ohne Belang. — **L.** Wird besorgt werden.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsuchenden sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Schreib-Diamanten unter Garantie

à 4.—, 5.—, 6.—, 7.—, 8.— Mk. Diamantwerkzeuge für alle Industriezwecke.

Friedrich Loeser, Karlsruhe i. Baden, Gerwigstrasse 35.

Zahlstelle Darmstadt.

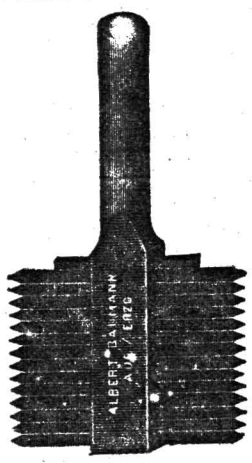
Sonntag, den 6. Januar 1907

Oeffentl. Steinarbeiter-Versammlung

in **Böttingers Brauerei,** Ludwigsplatz.

Tagesordnung: 1. Quartals-Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht der Kollegen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. **Der Einberufer.**



Albert Baumann

Aue (Erzgeb.)

Preisliste

über alle

Steinmetz-Geschirre

versende

gratis.

Lieferung sofort!

Spezialhaus für Berufskleidung

Eigene Anfertigung

Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen

Jacketts, Hosen

Emil Keidel, Hamburg 6, Bartelsstraße 101.

aubsägerei

Kerbschnitzerei, Holzbrandmalerei liefert am billigsten sämtliche Werkzeuge, Vorlagen, Holz usw. **J. Brendel, Maxdorf 35** (Pfalz).

Reichh. Katalog über 2000 Abbilda geg. 10 Pfg. in Briefm. franko.

Laubsägeholz per qm von 1 Mk. an.

Einen Steinmetzgehilfen

für dauernde Beschäftigung sucht sofort

Chr. Iversen, Steinmetzmeister

Sonderburg.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb **10 Tagen** nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

Deutmannsdorf. Am 14. Dezember verschied plötzlich auf der Heimreise unser Kollege **Johann Dokoupil** im Alter von 28 Jahren infolge eines Herzschlages.

Frankfurt. Am 15. Dezember starb in Hanau a. M. unser treuer Kollege **Jakob Durer** im Alter von 39 Jahren an Typhus.

Heilbronn. Am 12. Dezember starb unser Kollege **Heinrich Nenninger** im Alter von 35 Jahren an der Lungenschwindsucht

Kirchenlamitz. Am 14. Dezember starb infolge eines Unglücksfalles der Kollege **Kaspar Schriker** im Alter von 33 Jahren.

Posta. Am 10. Dezember starb unser Kollege **August Mauksch** im Alter von 38 Jahren an Gehirnentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum „Steinarbeiter".

Nr. 52. Sonnabend, den 29. Dezember 1906. 10. Jahrgang

Der Tarifvertrag im Deutschen Reich.

gt. Bekanntlich hat die Abteilung für Arbeiterstatistik des Statistischen Amts in Berlin sehr bald nach ihrer Errichtung im Jahre 1902 als ihre Aufgabe betrachtet, in eine Sammlung des Materials von Tarifverträgen einzutreten, das die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft darbot. Bereits im dritten Hefte des ersten Jahrgangs des Reichs-Arbeitsblatts wurde eine Aufforderung veröffentlicht, in der Arbeitgeberverbände, Arbeitnehmerverbände und alle sonstigen Interessenten gebeten wurden, das ihnen zugängliche Material an Tarifverträgen dem Statistischen Amt zur Verfügung zu stellen. Bis um die Mitte des vorigen Jahres, dem Zeitpunkt, da die Sammlung abgeschlossen wurde, brachte das Statistische Amt 1577 Tarife zusammen, die sich auf zirka ½ Million Arbeiter beziehen. Wenn dies auch nicht alle Tarife sind, die zu jener Zeit in Deutschland Geltung hatten, so fehlt vermutlich nur ein kleiner Teil derselben.

Bei der Prüfung ergab sich die Notwendigkeit, die Tarife systematisch zu bearbeiten. Diese Bearbeitung liegt jetzt in einem stattlichen Bande vor, dem in einem weitern Bande der Wortlaut eines Teiles der Tarife sowie ein vollständiges Verzeichnis aller gesammelten Tarife beigefügt ist. Diesen beiden Bänden geht als 1. Band eine Einleitung voraus, in der Regierungsrat Dr. Leo vom Statistischen Amt die Bedeutung der Tarifverträge beleuchtet, die rechtlichen Fragen, die mit den Verträgen verknüpft sind, bespricht und die Regelung des Tarifvertrags in der internationalen Gesetzgebung vorführt. (Berlin, Carl Heymanns Verlag.)

Von grundlegender Bedeutung ist demnach der 2. Band, der in drei Teilen die Arbeitszeit, die Arbeitslöhne und den übrigen Inhalt der Tarifverträge behandelt.

Ihrem räumlichen Geltungsbereich nach zerfallen die Tarifvereinbarungen in drei Gruppen: in Firmentarife, Lokaltarife und Generaltarife. Firmentarife sind die zwischen einem Arbeitgeber und seinen Arbeitern abgeschlossenen Vereinbarungen. Unter Lokaltarifen versteht man die Vereinbarungen innerhalb eines Gewerbes für einen oder mehrere, meist räumlich aneinander grenzende Orte. Generaltarife endlich stellen die einheitliche Vereinbarung der Lohn- und Arbeitsbedingungen innerhalb eines bestimmten Gewerbes für den Bereich des Deutschen Reiches dar. In der Stufenfolge der Entwicklung verkörpert der Generaltarif die fortgeschrittenste Form der tariflichen Vereinbarung, die sich meist allmählich aus den Erfahrungen, die man mit den Lokaltarifen gemacht hat, herausbildet.

Die Gültigkeitsdauer der Tarifverträge reicht in den einzelnen Gewerben zum Teil erheblich von einander ab. Sie schwankt zwischen 1 und 5 Jahren. Verträge von kürzerer Dauer sind namentlich in den Gewerben üblich, wo Tarifvereinbarungen erst seit kürzerer Zeit Anwendung finden und gewissermaßen noch als Versuche erscheinen; ferner in denjenigen, die einem häufigen Wechsel des Geschmacks, der Mode, Veränderungen des technischen Produktionsprozesses usw. unterliegen.

Eine Zusammenstellung, die die Zahl der Tarifvereinbarungen und der durch sie erfaßten Betriebe und Arbeiter in den einzelnen Berufsgruppen der Reichsstatistik uns vorführt, zeigt, daß in Deutschland die eigentliche Großindustrie durch die Tarifverträge fast noch gar nicht erfaßt ist. Die tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses beschränkt sich gegenwärtig ganz überwiegend auf die noch mehr oder weniger handwerksmäßig betriebenen Gewerbe. Hier weisen die polygraphischen Gewerbe mit ihren Generaltarifen die vollkommenste Regelung auf. Unter den übrigen Gewerben mit lokaler tariflicher Regelung stehen das Baugewerbe und hier wiederum die Maurer und Zimmerer weit oben an; daran gliedern sich in mehr oder weniger weiten Abständen die übrigen Gewerbe.

Die durchschnittliche Arbeitszeit auf Grund der Abmachungen in den Tarifverträgen ist überwiegend der Zehnstundentag. Von 1175 Tarifen gilt er für 701 = 59,67 Proz. In den übrigen sind zum Teil kürzere, nur in einer Minderzahl längere tägliche Arbeitszeiten festgesetzt. Eine Arbeitszeit von 8—10 Stunden weisen 90,98 Proz., eine längere Arbeitszeit 9,02 Proz. der Tarife auf.

Für die Ueberzeitarbeit läßt sich ganz allgemein sagen, daß in den Tarifen die Tendenz dahin zu gehen scheint, sie nach Möglichkeit zu beseitigen oder wenigstens einzuschränken. Allerdings zeigen sich auch hier Abstufungen, und zwar scheinen gerade in den Gewerben mit längerer Arbeitszeit Ueberstunden häufiger zu sein, als in denen mit ausgesprochen kurzer Arbeitszeit. — Die Anordnung der Pausen ist in den einzelnen Gewerben sehr verschieden und von der täglichen Arbeitsdauer abhängig.

Der Vergleich der Verhältnisse an den einzelnen Orten zeigt eine Zunahme der täglichen Arbeitsdauer, je weiter wir von dem Westen nach dem Osten des Reichs gelangen. Durchweg haben die Industriestädte des Westens die kürzesten Arbeitszeiten, während schon in Mitteldeutschland sich eine Zunahme bemerkbar macht, und der Osten die längsten Arbeitszeiten aufweist. Eine Ausnahmestellung nehmen nur die ganz großen Städte ein, die, wie namentlich Berlin und Hamburg, durchweg die kürzesten Arbeitszeiten haben.

Eine weitere Tatsache, die ebenfalls übereinstimmend bei den einen Gewerben mehr, bei den anderen weniger scharf ausgeprägt zutage tritt, geht dahin, daß die Arbeitsdauer in demselben Maße zunimmt, wie die Ortsgröße abnimmt. Durchweg haben die größten Städte die kürzesten, die kleinsten Vereinbarungsorte die längsten Arbeitszeiten.

Umgekehrt ist dagegen die Gestaltung der Lohnhöhe. Diese nimmt, wie die Durchschnittsberechnungen in den einzelnen Gewerben zeigen, mit der Ortsgröße zu, so daß, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, den kürzesten Arbeitszeiten die höchsten Löhne, den längsten Arbeitszeiten die niedrigsten Löhne gegenüberstehen.

Bezüglich der Lohnberechnung scheiden sich auf Grund der Abmachungen in den Tarifvereinbarungen drei verschiedene Gewerbegruppen aus. Die eine Gruppe bilden diejenigen Gewerbe, in denen die Zeitlöhnung die ausschlaggebende Rolle spielt: Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Dachdecker, Maler, Steinsetzer, Brauer, Bäcker, Mühlenarbeiter, Lichtdrucker, Chemigraphen, Kupferdrucker und Formenstecher. Dieser Gruppe steht eine zweite gegenüber, in der die Akkordlöhnung die vorwiegend zur Anwendung kommende Form der Entlohnung darstellt, die Zeitlöhnung dagegen nur einen subsidiären Charakter trägt: Stukkateure, Holzarbeiter, Töpfer, Steinmetzen, Böttcher, Schneider, Schuhmacher, Buchbinder, Eisen- und Zinngießer, Feilenhauer, Drahtweber, Beleuchtungsindustrie, Buchdrucker und Notenstecher. Schließlich kommen beide Arten der Entlohnung ziemlich gleichmäßig vor bei den Glasern, Tapezierern, Lederarbeitern, Klempnern, Monteuren, Bau- und Maschinenschlossern.

Der Eindruck aus der Gesamtheit der Tarifverträge geht dahin, daß die Arbeiter in der Mehrheit der Gewerbe die Zeitlöhnung vor der Akkordarbeit bevorzugen, daher auch die Akkordlöhnung — allerdings nicht in allen Gewerben mit gleichem Nachdruck — bekämpfen. Der Kampf gegen die Akkordlöhnung wird namentlich da geführt, wo Zeit- und Akkordlöhnung nebeneinander vorkommen. Diese Tatsache wird gegen Dr. Ludwig Bernhard hervorgehoben, der gar zu gerne möglichst alle Arbeiter mit der Akkordarbeit beglücken möchte. Der Kampf der Arbeiter gegen die Akkordarbeit hat noch seine gute Bedeutung und wird sie auch trotz der Bemühungen der Leute wie Dr. Bernhard nicht so schnell verlieren.

Die in den Tarifen vereinbarten Löhne sind meistens Durchschnittslöhne; daneben kommen in einzelnen Gewerben Mindestlöhne in ausgedehnterem Maße vor; Höchstlöhne gehören zu den Ausnahmen. — In einzelnen Gewerben: bei den Brauern, Bäckern, Schneidern und Schuhmachern, spielt die Naturallöhnung noch eine Rolle. — Für Ueberarbeit werden fast durchweg erhöhte Löhne bezahlt. — Der Lohnzahlungstag ist weit überwiegend der Sonnabend. Daneben kommt, wenn auch viel seltener, der Freitag vor. — Die Lohnperioden sind fast ausnahmslos wöchentliche.

Den übrigen Inhalt der Tarifverträge bildeten in erster Linie Festsetzungen sozialpolitischer Natur, sodann die auf den Tarifvertrag selbst sich beziehenden Bestimmungen. Der sozialpolitische Gehalt der Tarifverträge ist in den einzelnen Gewerben sehr verschieden. Manche Gewerbe weisen Bestimmungen sozialpolitischer Natur sowohl in einem erheblichen Prozentsatz der abgeschlossenen Tarife wie in verhältnismäßig fortschrittlichem Sinne auf, während in anderen neben der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf diese Seite der vertraglichen Abmachungen nur wenig Wert gelegt worden ist. Der Gesamteindruck aus dem vorliegenden Material geht dahin, daß in denjenigen Gewerben, in denen der Tarifgedanke bereits in erheblicherem Umfange Boden gewonnen und längere Erfahrung den Ausbau der tariflichen Abmachungen begünstigt hat, für derartige Vereinbarungen ein größeres Verständnis und vor allem auch ein größeres Entgegenkommen auf beiden Seiten besteht, als in denjenigen, in denen die Tarifbewegung sich noch in den Anfängen ihrer Entwicklung befindet.

Geht man auf die vorkommenden sozialpolitischen Abmachungen im einzelnen ein, so muß zunächst festgestellt werden, daß fast ausnahmslos von einem einheitlichen Auftreten bei ihnen nicht die Rede sein kann. Selbst in denjenigen Gewerben, in denen auf ihre Festsetzung Wert gelegt ist, schließt immer nur ein Teil, selten mehr als die Hälfte der Tarife in sich. In der Mehrzahl kommen sie verstreut, fast vereinzelt vor. Soweit sie aber solche Abmachungen enthalten, ist ein gewisser innerer Zusammenhang der verschiedenen gewerblichen Tarife insofern nicht zu verkennen, als auch in diesen Festsetzungen bestimmte Tendenzen zum Ausdruck kommen, indem eine ausgeprägte Abstufung in dem Vorkommen der einzelnen Abmachungen in Erscheinung tritt. Gewisse Arten von Abmachungen finden sich übereinstimmend in allen Gewerben; sie machen ebenso übereinstimmend in allen Gewerben einen Hauptbestandteil der überhaupt vorkommenden sozialpolitischen Vereinbarungen aus. Festsetzungen über die Schaffung von Einrichtungen zur Ueberwachung und Durchführung der tariflichen Abmachungen finden sich ausnahmslos in allen Gewerben; sie bilden ebenso einheitlich in allen Gewerben den Hauptbestandteil der sozialpolitischen Abmachungen. Ebenso treten unter diesen Bestimmungen, wenn sie auch bei weitem noch nicht den Umfang und die Bedeutung der Bestimmungen über die Schiedsgerichte gewonnen haben, die Vereinbarungen über das Koalitionsrecht der Arbeiter, über den § 616 B. G.-B., auch noch über das Feiern des 1. Mai in den Vordergrund.

Neben diesen, den Charakter der Gemeinsamkeit tragenden Bestimmungen bestehen solche, die mehr aus der Eigenart eines bestimmten Gewerbes entspringen und daher auch in den Tarifen dieser Gewerbe vornehmlich auftreten. Dazu gehören z. B. Abmachungen über die genaue Innehaltung der Unfallverhütungsvorschriften, über das Vorhandensein von Verbandskästen auf der Arbeitsstelle usw., auf welche in den mit größerer Unfallgefahr verknüpften Baugewerben besonderer Wert gelegt wird, oder Bestimmungen über die hygienische Beschaffenheit der Werkstätten, ihre Reinigung, ausreichende Waschgelegenheit, die wiederum bei den in geschlossenen Räumen ausgeübten Gewerben, z. B. den Schneidern mehr in den Vordergrund treten.

Urlaubsbestimmungen finden sich nur im Baugewerbe und in den vom Handels- und Transportarbeiterverband abgeschlossenen Vereinbarungen. Die Dauer des Urlaubs, der fast ausschließlich mit vollem Lohnbezug gewährt wird, schwankt zwischen 3 und 10 Tagen und wird in der Regel durch die Beschäftigungsdauer des Arbeiters im

Ueber Sprengstoffe.

Die große Roburitexplosion in der Nähe von Dortmund lenkt die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Sprengstoffe. Der Dekan der chemischen Fachschule an der Technischen Hochschule in Wien, Professor v. Jüptner, gibt darüber in der Wiener Zeit einige orientierende Erklärungen: Unter Sprengstoff oder Explosiv versteht man solche Körper, die sich leicht und rasch zersetzen und hierbei bedeutende Gas- und Wärmemengen entwickeln. Je schneller diese Zersetzung erfolgt, je „brisanter" also der Sprengstoff ist, desto größere Kraftwirkungen kann er im allgemeinen ausüben. Das Schießpulver — ein Gemenge von Kohle, Salpeter und Schwefel — verbrennt relativ langsam und wird wegen seiner demzufolge geringeren Sprengwirkung immer mehr von andern, brisanteren Sprengstoffen verdrängt.

Die erwähnten Eigenschaften aller Sprengstoffe: rasche Zersetzbarkeit, sowie Entwicklung großer Gas- und Wärmemengen, bringen es mit sich, daß alle Explosivstoffe gefährlich sein müssen. Wenn also beim Umgang mit Sprengstoffen keinesfalls jede Gefahr ausgeschlossen werden kann, so zeigen die zahlreichen existierenden Explosive doch sehr verschiedene Grade von Gefährlichkeit, je nachdem sie für Schlag, Stoß, Reibung, Wärme usw. mehr oder weniger empfindlich sind.

Zu den allergefährlichsten Sprengstoffen gehört das Knallquecksilber, das zur Füllung der Zündhütchen Verwendung findet. Es explodiert bei langsamer Erwärmung schon bei 152 Grad Celsius (nach General-Artillerie-Ingenieur Ph. Heß) und ist im trockenen Zustand gegen Reibung und Schlag außerordentlich empfindlich. Da aber seine Explosion fast momentan erfolgt, üben die hierbei entwickelten Gase einen förmlichen Schlag auf die Umgebung aus, der hinreicht, andre trägere Sprengstoffe zum Detonieren zu bringen, worauf eben seine Anwendung zu Zündern beruht. Ungefähr ebenso gefährlich und gleichfalls zu Zünderfüllungen vorgeschlagen ist das Diazobenzolnitrat, noch gefährlicher und daher nur in minimalen Mengen zu Spielereien (Knallbonbons usw.) oder überhaupt nicht verwendet sind das Knallsilber und das Knallgold.

Die wichtigsten heute in Verwendung kommenden Sprengstoffe sind stickstoff- und sauerstoffhaltige organische Körper, wie die Nitrozellulose (Schießbaumwolle und Kollodiumwolle), die auch zur Herstellung von Zelluloid und künstlicher Seide Verwendung findet, das Nitroglyzerin, die verschiedenen Nitrobenzole, Nitronaphthaline, Pikrinsäure usw.

Das Nitroglyzerin, das in den modernen Sprengstoffmischungen sehr häufige Verwendung findet, ist eine ölige Flüssigkeit, die bei 200 Grad Celsius explodiert, aber auch gegen Stoß oder Schlag sehr empfindlich ist. Fällt ein Tropfen aus einem Meter Höhe herab, so explodiert er. Das macht dieses Präparat sehr gefährlich, um so mehr, als von einem flüssigen Brennstoff leicht einzelne Tropfen verschüttet werden können. Um die Gefahr der Detonation zu verringern, wird heute das Nitroglyzerin entweder von porösen Körpern (hauptsächlich Kieselguhr) aufgesaugt, in Anwendung gebracht, wodurch man das Dynamit (auch Kieselguhrdynamit genannt) erhält; oder es wird mit Schießbaumwolle behandelt, die hierbei zu einer Gallerte aufquillt (Sprenggelatine). Beide sind gegen Stoß relativ wenig empfindlich und verringern daher die Gefahr wesentlich. Beim Kieselguhrdynamit kann jedoch durch Feuchtwerden oder Frieren die Empfindlichkeit sehr gesteigert werden. In beiden Fällen schwitzt das Nitroglyzerin aus, und diese Tröpfchen werden dann nur schwer und sehr langsam wieder aufgesaugt. Aus diesem Grunde müssen gefrorene Dynamitpatronen äußerst langsam aufgetaut werden (am besten, indem man sie längere Zeit in der Tasche trägt). Wahrscheinlich wird Gefrieren der Dynamitpatronen die Ursache der Dynamitexplosionen gewesen sein, die sich vor wenigen Tagen im Tauerntunnel und auf der Axelalpe ereigneten.

Das Roburit, dessen Explosion in Annen und Umgebung so großen Schaden anrichtete, wurde von Dr. Karl Roth erfunden und besteht aus 87,5 Prozent Ammonnitrat, 7 Prozent Dinitrobenzol, 5 Prozent Ammonsulfat und ½ Prozent Kaliumpermanganat, gehört also zu den weniger gefährlichen Sprengstoffen und ist gegen Stoß relativ unempfindlich. Daß es schließlich in geschlossenen Räumen bei einem Brande auch zur Explosion kommen muß, ist wohl selbstverständlich. Und nach den Zeitungsberichten scheint ja der Brand den Explosionen vorangegangen zu sein. Ueberdies ist es keinesfalls sicher, ob im erwähnten Falle das fertige Roburit oder seine Bestandteile, namentlich das Dinitrobenzol, die Hauptursache der Verheerungen waren.

Das Roburit gehört zu den sogenannten „Sicherheitssprengstoffen", womit keineswegs gesagt sein soll, daß diese Explosive weniger leicht detonieren als andre. Die Bezeichnung will nichts weiter sagen, als daß diese Sprengstoffe in Schlagwetter führenden Gruben verwendet werden können, ohne die Schlagwetter zu entzünden. Die meisten dieser Sicherheitssprengstoffe enthalten beträchtliche Mengen von Ammonnitrat, wodurch die bei der Explosion entstehende Temperatur (die Explosivtemperatur) wesentlich herabgedrückt wird. Außerdem ist noch ein guter „Versatz" des Bohrloches (am besten mit Sand) wünschenswert, da hierdurch der Sprengstoff gezwungen ist, bedeutende mechanische Arbeit (zum Sprengen der Felsen oder zum Auswerfen des Versatzes) zu leisten, wodurch ein großer Teil der entwickelten Wärme verbraucht wird, was die Temperatur der entweichenden Gase wesentlich erniedrigt.

So weit Professor v. Jüptner. In Wiener Chemikerkreisen hat die Nachricht von der Explosion geradezu Bestürzung hervorgerufen. Allgemein herrscht die Ansicht vor, daß man vor einem Rätsel stehe, dessen Lösung mit Spannung erwartet wird. Wie ein hervorragender Fachmann sich äußerte, könne man Roburit ohne Gefahr ins Feuer werfen, in dem es ebenso wie Salpeter verbrenne. Es müsse also — glaubt man allgemein — eine andre äußere Ursache, vielleicht ein verbrecherischer Anschlag, die unmittelbare Ursache der Explosion gewesen sein. Kein Mensch dachte an eine Gefahr. Selbst der Betriebsleiter Dr. Kunze scheint die Sachlage als ziemlich unbedenklich angesehen zu haben. Denn, wie man erzählt, soll er einem um das Publikum besorgten Polizeibeamten die beruhigende Versicherung gegeben haben, daß nichts Schlimmes passieren werde, da das Roburit von den Flammen nicht zur Explosion gebracht werden könne. Wenige Augenblicke später zerriß ihm die Explosion den Kopf.

Betriebe bedingt. — Ueber das Halten von Lehrlingen bringen die Tarife der meisten Gewerbe keine oder nur ganz gelegentliche Bestimmungen. Eine Ausnahme machen nur die graphischen Gewerbe sowie das Schlägergewerbe, in denen über die Anzahl der Lehrlinge, die immer in einem bestimmten Verhältnis zur Größe des Betriebes bezw. der Zahl der beschäftigten Gehilfen stehen muß, ferner über Dauer der Lehrzeit, Entlohnung der Lehrlinge usw. bestimmte Abmachungen vorgeschrieben sind.

Hinsichtlich der Kündigung des Arbeitsverhältnisses ist zu bemerken, daß wenigstens in der Mehrzahl der Gewerbe die Tendenz dahin geht, die gesetzliche 14tägige Kündigungsfrist auszuschalten und dafür die jederzeitige oder höchstens an eine Frist von 24 Stunden gebundene Kündigung zu setzen. Bei den Akkordlohngewerben wird die gesetzliche Kündigungsfrist vielfach ausgeschlossen, aber verlangt, daß angefangene Akkorde fertig gestellt werden. Eine gewisse Ausnahmestellung nehmen die Schuhmacher und die Lederarbeiter ein, bei denen die Innehaltung der 14tägigen oder wenigstens einer 8tägigen Frist meistens vereinbart wird.

Die Ansätze zu einer Garantieübernahme der Verbände für die Einhaltung der Tarife durch ihre einzelnen Mitglieder finden sich erst in 10 Tarifen. Sie bestehen zunächst darin, daß der Verband sich verpflichtet, wenn einzelne Mitglieder den Tarif verletzen, ihnen keine Streikunterstützung zu gewähren, sie eventuell aus dem Verbande auszuschließen. Im Tarif der Leipziger Glaser heißt es ferner: „Jede Organisation tritt für ihre Mitglieder ein.“ Der Tarif der Stettiner Steinsetzer besagt: „Für Einhaltung übernehmen die Verbände die Garantie.“ Nach einem Schneidertarif ist die Lohnkommission berechtigt, für festgestellte Tarifbrüche Geldstrafen bis zur Höhe von 50 Mk. pro Fall dem schuldigen Teil aufzuerlegen, und es ist eine Person bestimmt, die befugt ist, eventuell die Strafe gerichtlich einzuklagen. Die diesbezügliche Bestimmung des neuen Buchdruckertarifs konnte hier nicht berücksichtigt werden, da dieser Tarif erst nach dem Abschluß der Sammlung zustande gekommen ist.

Was die Dauer der Kündigungsfrist des Tarifvertrages betrifft, so ist eine Kündigungsfrist von 3—6 Monaten das ganz überwiegend übliche. Kündigungsfristen von einem Jahre kommen bei den dem Statistischen Amt vorliegenden Tarifen etwa im ganzen zehnmal vor. Ein großer Prozentsatz, über die Hälfte der Tarife, enthält über die Dauer der Kündigungsfrist gar nichts.

*

Nachdem wir unsern Lesern das Ergebnis, zu dem das Statistische Amt bei der Bearbeitung der von ihm gesammelten Tarifverträge gelangt ist, vorgeführt haben, müssen wir noch auf die Frage eingehen, welche Bedeutung den Tarifverträgen zuzumessen ist. Regierungsrat Dr. Leo hat diese Frage in dem Einleitungsband behandelt und ein Teil der Presse druckt seine Ausführungen als der Weisheit letzten Schluß ab.

Herr Dr. Leo erinnert zunächst daran, daß die Stellungnahme der Interessenten zu der Entwicklung des Tarifvertrags im Deutschen Reich keineswegs eine einheitliche gewesen sei. Noch im Jahre 1897 habe das Leipziger Gewerkschaftskartell in seiner bekannten Resolution erklärt: „In Erwägung, daß die Tarifgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Interessen und die Weiterentwicklung der Organisation der Arbeiter schädigt, ist diejenige Gewerkschaft, die diesen Standpunkt vertritt, als nicht auf dem Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung stehend zu betrachten.“ Heute dagegen werden die Tarifvereinbarungen als ein Erfolg betrachtet und erstrebt. Unter den Arbeitgebern herrscht sogar noch gegenwärtig Meinungsverschiedenheit darüber, ob es zweckmäßig sei, Lohntarife abzuschließen.

In Wahrheit haben nach der Versicherung des Verfassers die Lohntarife für die Arbeiter folgende Vorteile: 1. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Der Arbeitgeber sei in der Lage, höhere Löhne zu zahlen, wenn er eine gewisse Sicherheit vor Streiks hat, und wenn er eine Unterbietung durch Schmutzkonkurrenz nicht zu befürchten braucht. Der Arbeiter könne 2. mit einer größeren Beständigkeit seiner Arbeitsbedingungen rechnen, sei in dieser Hinsicht nicht jeder Schwankung der Konjunktur ausgesetzt, die sonst in seinen Arbeitsbedingungen zum Ausdruck gelangt. Er habe 3. die Aussicht, daß bei Ablauf des Tarifvertrags sich eine weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchsetzen lassen wird. Schließlich sehen die Arbeiter in den vertraglichen Abmachungen eine Weiterbildung des Arbeitsvertrags und damit gewissermaßen eine Vorarbeit für die Ausbildung und Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes.

Mit diesen „Vorteilen“ der Tarifverträge ist es aber in der Praxis sehr schlecht bestellt. Allerdings kann der Abschluß eines Tarifvertrags zu Verbesserungen der Arbeitsbedingungen führen. Dieser Fortschritt ist aber nicht die Folge davon, daß ein Tarif zustande gekommen ist, sondern er mußte den Unternehmern durch den Druck der Arbeiter und der Arbeiterorganisationen abgezwungen werden. Die Arbeitgeber sind eben noch lange nicht bereit, höhere Löhne zu zahlen, wenn sie dazu „in der Lage sind“, sondern sie müssen dazu durch die Arbeiter erst genötigt werden.

Genau so verhält es sich mit der Hoffnung auf die weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen beim Abschluß des nächsten Tarifvertrags. Soweit es auf die Arbeitgeber ankommt, soll der neue Tarif für diese Herren möglichst günstig ausfallen, d. h. den Arbeitern möglichst wenig Verbesserungen bringen. Alle Verbesserungen, die die Arbeiter trotzdem erreichen, verdanken sie in letzter Linie ihrer eigenen Kraft, der Stärkung ihrer Organisationen. Diese sind schließlich auch entscheidend für die Ausbildung und Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes. Hier hat doch wahrlich die Erfahrung zur Genüge gezeigt, daß die Arbeiter selbst den kleinsten Fortschritt der herrschenden Klasse im langwierigen Kampfe abringen müssen.

Demnach bleibt als einziger Vorteil der Tarifverträge für die Arbeiter nur die größere Beständigkeit der Arbeitsbedingungen. Ein schöner Vorteil! Die Arbeiter streben nach der weiteren und weiteren Verbesserung ihrer Lage. Sie suchen, sich mit der größten Opferfreudigkeit und Tatkraft aus dem Elend der jetzigen Ausbeutungswirtschaft zu befreien, die Allmacht des Kapitals mehr und mehr zu überwinden. Ihnen empfiehlt nun der Herr Regierungsrat die Tarifverträge als ein Mittel, den geltenden Arbeitsbedingungen, also den jetzt herrschenden Bedrückungen und Entbehrungen eine größere Beständigkeit zu verleihen. Wenn eure Verhältnisse im Laufe der im Tarif vorgesehenen Jahre auch nicht besser werden, dann werden sie doch auch nicht schlechter: diesen „Vorteil“ bringt euch der Tarif!

Dieser Vorteil schrumpft jedoch in der Praxis auf ein Minimum zusammen. Die Löhne mögen während einer schlechten Konjunktur dank des geltenden Tarifs formell unverändert bleiben, trotzdem werden die Arbeitgeber es als ihr selbstverständliches Recht betrachten, ihren Betrieb einzuschränken, einen Teil ihrer bisherigen Arbeiter ganz oder zeitweise außer Arbeit zu setzen. Dementsprechend fällt auch der Verdienst der Arbeiter. So sieht tatsächlich die „größere Beständigkeit“ der Arbeitsbedingungen aus, wenn wirklich einmal eine ungünstigere Konjunktur sich längere Zeit hindurch bemerkbar macht.

Der Herr Regierungsrat hat also mit den von ihm zusammengesuchten „Vorteilen“ offenbar den Kern der Sache gar nicht getroffen, weil er an dem Machtverhältnis zwischen den Arbeitern und den Unternehmern vorsichtig im weiten Bogen vorbeigeht. Solange die Arbeiter den Unternehmern gegenüber noch so schwach sind, daß sie nicht den geringsten Einfluß auf die Regelung der Arbeitsbedingungen ausüben können, sind die Unternehmer die „Herren im Hause“, lassen sie sich von den Arbeitern „keine Vorschriften machen“. Der Tarifvertrag bekundet nun, daß diese „schönen“ Zeiten vorüber sind, daß die Unternehmer mit dem Willen der organisierten Arbeiter zu rechnen haben — eine ständige Mahnung an alle, auch die letzten Arbeiter, sich ihren Organisationen anzuschließen. Ferner kommen die Erfolge der günstiger dastehenden Arbeiter durch den Tarif auch den Arbeitern zugute, die in schwächerer Position sich befanden und daher aus eigener Kraft nicht vorwärts kommen konnten. Diese Arbeiter können durch den Tarif auf eine höhere Stufe gehoben und kampffähiger gemacht werden. So kann der Tarif ein Mittel werden, die Kampfesstellung der Arbeiter zu stärken. Soweit dies der Fall ist, müssen ihn die Arbeiter als Vorteil anerkennen. Wie weit dies aber der Fall ist, ist eine ganz andre Frage, die nur von Fall zu Fall auf Grund einer sachlichen aber gründlichen Prüfung der gegebenen Verhältnisse beantwortet werden kann.

Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände.

Berlin, 26. und 27. November 1906.

Die vierte Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände war berufen mit besonderer Rücksicht auf die Notwendigkeit, anläßlich der Vorlage des Gesetzentwurfs betr. Eingetragene Berufsvereine einen außerordentlichen oder allgemeinen Gewerkschaftskongreß einzuberufen. An die Entscheidung über diese aktuelle Frage schlossen sich weiter Beratungen an über den Internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongreß zu Stuttgart 1907, über die Weiterführung und Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse, über die Auslegung der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses betr. Streikunterstützung, über die Frage der Jugendorganisation und über die Herausgabe eines Jahrbuches der deutschen Gewerkschaften.

Die Beratung über die Einberufung eines Gewerkschaftskongresses wollen wir an dieser Stelle nicht weiter berühren, denn durch die Auflösung des Reichstags ist auch momentan die Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine von der Tagesordnung des Parlaments verschwunden.

In bezug auf die Delegation zum nächstjährigen Internationalen Kongreß in Stuttgart hatte der Parteivorstand eine Kontingentierung der Delegiertenzahl der deutschen Nation auf 300 vorgeschlagen, wonach auf die politische Partei und auf die Gewerkschaften je 150 Vertreter entfielen. Die Zustimmung der Konferenz zu dieser Einschränkung vorausgesetzt, unterbreitete die Generalkommission geeignete Vertretungsvorschläge, denen die Konferenz zustimmt. Es soll darauf hingewirkt werden, daß die Frage des 1. Mai noch auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzt und ferner ein Protokoll der Verhandlungen in der deutschen Delegation herausgegeben wird. Auch soll die Frage einer Aenderung des Abstimmungsmodus auf diesen Kongressen in Stuttgart zur Erörterung gebracht werden.

Die Beratung über die gewerkschaftlichen Unterrichtskurse ergab allseitige Zustimmung für deren Weiterführung. Zahlreiche Redner sprachen sich auch für deren Ausdehnung aus. Um so mehr erregte es Befremden, daß der Vertreter des Holzarbeiterverbandes erklären mußte: die Mehrheit seines Vorstandes habe beschlossen, „in Zukunft nicht mehr Mitglieder an den Kursen teilnehmen zu lassen, da es sich nicht rechtfertige, solche Einrichtungen nur einzelnen zugute kommen zu lassen“. Mit Recht wurde dem entgegengehalten, daß es dem Vorstande ja freistehe, nicht bloß Verbandsangestellte, sondern auch agitatorisch befähigte Mitglieder an den Kursen teilnehmen zu lassen, und daß es sich sogar empfehle, auf diese Art einen tüchtigen Nachwuchs von Verbandsvertretern heranzuziehen, anstatt die ohnehin überlasteten Gewerkschaftsbeamten noch mit der Teilnahme an den Kursen zu überbürden. Der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer stellt in Aussicht, daß sein Verband in jedem Jahre 50 Mitglieder zu den Kursen delegieren werde. Würden die andern Gewerkschaften den Kursen das gleiche Interesse entgegenbringen, so werde man bald solche Kurse während des ganzen Jahres mit dauernd besoldeten Lehrkräften abhalten können.

Im übrigen wurden zahlreiche Wünsche in bezug auf den Termin der Kurse, auf die Gestaltung derselben und auf die Drucklegung der Vorträge geäußert. Für eine Ausdehnung der Kurse auf die Dauer von 6 Wochen erklärten sich 28 Vorstände. Nur für Herbstkurse stimmten 17, während 18 Vorstände erklärten, daß ihre Organisationen auch Frühjahrskurse beschicken können. Den Ausführungen des Vorsitzenden, daß eine kritische Besprechung der Unterrichtskurse in der Fachpresse vermieden werden möge, stimmt die Konferenz zu.

Die Beratung über die Auslegung der Kölner Resolution 1905 betr. Streikunterstützung deckte eine Reihe von Unzuträglichkeiten auf, die sich im Verlaufe der Unterstützung von Streiks und Aussperrungen aus allgemeinen Sammlungen ergeben hatten. Es zeigte sich, daß die Konferenz im allgemeinen der Auffassung der Generalkommission zustimmte, wonach Unterstützungen aus allgemeinen Mitteln nur während der Dauer von Ausständen gezahlt werden sollen, darüber hinaus nur in ganz außerordentlichen Notfällen. Die Konferenz stimmt folgender Regelung zu:

„Zur Frage der allgemeinen Streiksammlungen gilt als Grundsatz, daß mit der Beendigung des Kampfes, für den gesammelt wurde, auch die Auszahlung der gesammelten Gelder an die betreffende Gewerkschaft aufhört.

Es bleibt der Generalkommission überlassen, in dem Falle, daß sich die betreffende Gewerkschaft bei bezw. kurz nach der Beendigung des Kampfes, für den gesammelt wurde, und infolge desselben in einer ganz außergewöhnlichen Notlage befindet, nachzuprüfen, ob sich eine weitere Unterstützung nach Beendigung des Kampfes noch rechtfertigt.“

Zur Frage der Jugendorganisation berichtet Legien, daß die Generalkommission, durch die Berliner Jugendorganisation zur Stellungnahme veranlaßt, mit dem Parteivorstande über diese Frage verhandelt habe, da eine einheitliche Behandlung der letzteren seitens der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung erwünscht sei. Die Generalkommission halte eine besondre Zentralorganisation der Jugendlichen nicht für zweckdienlich, weder in der Vertretung wirtschaftlicher Interessen, noch auf dem Gebiete der Jugenderziehung, sondern eher als nachteilig. Nicht die Schaffung einer Jugendorganisation, sondern eine zweckentsprechende Organisation der Jugenderziehung müsse die Aufgabe sein, an der Partei und Gewerkschaften gleicherweise arbeiten sollten. Die Organisierung der jugendlichen Arbeiter müssen sich die Gewerkschaften mehr angelegen sein lassen. Die einzelnen Gewerkschaftsvorstände und Verbandstage sollten eingehend mit der Frage befassen, wie die Jugendlichen zu den Gewerkschaften besser heranzuziehen und in diesen zu erhalten seien. Dann müsse der nächste Gewerkschaftskongreß besonders sich mit der Frage der jugendlichen Arbeiter und des Lehrlingswesens beschäftigen, wozu die nächste Vorstandskonferenz entsprechende Vorschläge unterbreiten könne.

Die Konferenz stimmte diesen Ausführungen zu.

An letzter Stelle beschäftigte sich die Konferenz mit der Herausgabe eines Jahrbuches. Der Vorsitzende teilt mit, daß die Generalkommission ein solches Jahrbuch herausgeben wolle, sobald die Konferenz der Vorstände ein Bedürfnis dafür anerkenne. Das Jahrbuch solle dann in Halbjahrsheften im Gesamtumfange von 25—30 Bogen erscheinen und die Statistiken der verschiedenen Art, sowie die Berichte über die Kongresse und Generalversammlungen in etwas erweiterter Form enthalten, wodurch das Korrespondenzblatt wesentlich entlastet würde und mehr seinen weiteren Aufgaben gerecht werden könnte. Die Gratisauflage des Jahrbuchs sei auf 2—3000 Exemplare bemessen, doch könne es darüber hinaus auch weiteren Gewerkschaftskreisen zum Selbstkostenpreise von etwa 1.20 Mark pro Jahr zugängig gemacht werden. Auszugsweise werden die Statistiken und Kongreßberichte im Korrespondenzblatt natürlich auch in Zukunft behandelt.

Nach kurzer Debatte erklären sich 26 Vorstände für die Notwendigkeit der Herausgabe eines Jahrbuches und 11 dagegen.

Eine Anregung in bezug auf ein einheitliches Schema für Uebertrittsbestimmungen wurde dem Antragsteller zur weiteren Ausarbeitung und Mitteilung an die Gewerkschaftsvorstände überlassen. Damit war die Tagesordnung der zweitägigen Konferenz erschöpft.

Rundschau.

Der Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands hat seit zwei Jahren eine Zusammenstellung seiner Erfolge vorgenommen, deren Resultat er jetzt veröffentlicht. Demnach wurde in diesem Zeitraum für 2318 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich 12 474 Stunden und für 3551 Personen eine Lohnerhöhung von wöchentlich 6191 Mk. erzielt. Auf das ganze Jahr berechnet, ergibt das für jede Person eine durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung von 269 Stunden und eine Lohnsteigerung von 87.17 Mk. In der Tat ein schöner Erfolg! Im ganzen wurden während der letzten zehn Jahre vom Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands 297 Streiks geführt. Von diesen waren 169 Angriffs- und 128 Abwehrstreiks. Beteiligt waren daran 33 146 Personen, die vom Verband gezahlte Unterstützungssumme erreichte die Höhe von 839 944 Mk.

Ein schöner Sieg des Bergarbeiterverbandes. Bei der Wahl zum Geschäftsausschuß Dortmund des allgemeinen Knappschaftsvereins siegten die Kandidaten des Bergarbeiterverbandes mit 59 Stimmen gegen die Christlichen, die nur 10 Stimmen auf sich vereinten.

Vom Herrn im Hause. Die Königsberger Schneider und Schneiderinnen haben an die Unternehmer einen Tarif eingereicht und um Antwort gebeten. Diese traf auch bald ein, jedoch in anderm Sinne, als den Fordernden erwünscht war. Die im ablehnenden Sinne gehaltene Antwort enthält aber einen Passus, der das Gerede vom „Herrn im Hause“ aufs neue trefflich beleuchtet. Es heißt da: „Die Arbeitgeber sind seit dem letzten Streik Mitglieder des **allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes** für das Schneidergewerbe in München und verpflichtet, nach den Grundbestimmungen jenes Verbandes auf neuer Basis **nur mit dessen Einwilligung neue Verträge zu schließen.**“ So sieht das „Herr im Hause“ sein in Wirklichkeit aus.

Ein ganz niederträchtiger Schwindel geht zurzeit durch die christliche Presse. Danach sollen „sozialdemokratische Gewerkschaftler“ auf einem Neubau in Ingolstadt, auf welchem christliche Gewerkschaftler arbeiten, Gerüststangen durchschnitten haben, um die Christlichen zum Sturz in die Tiefe zu bringen.

Auf eine Anfrage an mehreren Stellen in Ingolstadt bekam man die Antwort, daß in Ingolstadt kein Mensch von diesem scheußlichen Verbrechen der Roten etwas weiß und auch die Polizei erklärte, daß ihr von dem Vorfall nichts bekannt sei, sie hätte jedenfalls eine Mitteilung erhalten, wenn sich ein solches Verbrechen tatsächlich abgespielt hätte.

Gegen diese christliche Lügenbande, die mit der Ehre der Mitmenschen umgeht wie eine Räuberbande mit dem Leben der Menschen, wird durch das Gewerkschaftskartell Ingolstadt nun Strafanzeige erstattet. Die Ursache zum Kolportieren dieser niederträchtigsten aller christlichen Lumpereien ist die bevorstehende Gewerbegerichtswahl in Ingolstadt. Die Christen brauchen ein zugkräftiges Agitationsmittel und greifen deshalb zur Verleumdung und Lüge.

Christliche Tölpel. In dem Textilindustrieort Haunstetten bei Augsburg haben katholische Geistliche unlängst eine christliche Gewerkschaft gegründet, da die freien Gewerkschaften Fuß zu fassen begannen. Nun haben die Christlichen ihren ersten „Erfolg“ zu verzeichnen: Weil die Löhne so ganz miserabel sind, wurden die Christlichen bei ihrem Textilbaron vorstellig, um **statt 10 Stunden 11 Stunden arbeiten zu dürfen**, damit sie „mehr verdienen“. Die Christlichen sind aber nicht ganz so zufriedene Menschen. Sie hatten noch einen weiteren Wunsch: Sie baten untertänigst um eine „Lohnregulierung“. Um mit ihren braven christlichen Arbeitern „im guten“ fertig zu werden, kam die Direktion auch diesem Wunsche nach. Sie machte an den höheren Löhnen Abzüge, legte auf die geringeren Löhne etwas drauf und — wie böse Zungen behaupten — machte die Direktion dabei immer noch ein Geschäft! — Die guten Christlichen waren es zufrieden und sie gingen hin und lästerten und schimpften über die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die nur den „Klassenkampf predigen“ und „Unfrieden säen“, während die Christlichen „auf friedlichem Wege“ etwas zu erreichen suchen und — wie Figura zeigt — auch wirklich „etwas“ erreicht haben!

Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!